

VORWORT

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 131 - Juni 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt	
Weltwirtschaft	Seiten 6 und 7
Interview mit Hans Janßen	Seite 3
Liverpool	Seite 8
Fünf neue Länder	Seite 12

Kohl gehört abgewählt!

Daß sich Helmut Kohl auf seine alten Tage noch einmal als Raufbold gegen Eierwerfer versuchen würde, hätte man noch vor einem halben Jahr dem strahlenden Wahlsieger vom 2. Dezember kaum zugetraut. Nach seinem mißglückten „Bad in der Menge“ in Halle verließ Kohl mit seinem Troß das Rathaus von Halle durch den Hintereingang so schnell, daß Umweltminister Töpfer den Anschluß verpaßte und zu Fuß von dannen gehen mußte.

Doch anstatt klarzustellen, daß wir uns einen solchen Kanzler nicht noch bis 1994 leisten können, äußerten sich die Spitzen der SPD erleichtert, als der stellvertretende Jusos-Vorsitzende in Halle - wahrscheinlich unter massivem Druck - seinen Parteistritt erklärte. Die Landtagswahl in Kohls Heimat und Karriere-Ausgangspunkt Rheinland-Pfalz zeigt ebenso wie neuesten Umfragen aus der Ex-DDR, wie rasch Ansehen und Unterstützung der CDU gesunken sind. Im Osten liegt die SPD mit 36% derzeit um 10 Prozentpunkte vor der CDU; dieser Umschwung signalisiert eine Bewegung von 1,7 Millionen CDU-Wählern des Jahres 1990 hin zur SPD. In Rheinland-Pfalz lag die SPD mit 44,5% um über 6 Prozentpunkte vor der CDU; dort sind schätzungsweise 100.000 Wähler direkt von der CDU zur SPD umgeschwenkt.

CDU in der Krise

Während der CDU scharenweise die Anhänger davonlaufen, wächst gleichzeitig die Partei der Nichtwähler weiter an. In Rheinland-Pfalz etwa gab es un-

gefähr so viele Nicht-Wähler wie CDU-Wähler!

Die mögliche Demonstration der bürgerlichen Regierungskoalition und ihres Kanzlers könnte in den nächsten Monaten sehr schnell Erinnerungen an die innenpolitische Krise vor 25 Jahren aufkommen lassen. Damals - im Herbst 1966 - platzte in Bonn unter dem Eindruck eines bevorstehenden Wirtschaftsabschwungs die CDU/FDP-Koalition und wurde der CDU-Kanzler Erhard in die Wüste geschickt. Damals wie heute bot sich für die SPD die Chance, die Unionsparteien ganz aus der Regierung zu verjagen und konsequente Interessensvertretung für die arbeitende Bevölkerung zu übernehmen. Damals jedoch zog es die SPD-Führung vor, der CDU/CSU aus der Patsche zu helfen und die Machtverhältnisse im Land im Grunde unangestastet zu lassen - durch eine Koalition mit der FDP in NRW und mit der CDU/CSU im Bund. Das Ergebnis damals, zumindest kurzfristige: überall konnte die rechtsextreme NPD bei den Landtagswahlen der Jahre 1967 und

SPD in die Offensive mit sozialistischem Programm!



Leipziger Demo im April: im Osten ist ein massiver Stimmungsumschwung von der CDU zur SPD erfolgt. 1968 die 5% überspringen und teilweise sogar an die 10% herankommen.

Bundesrat nutzen

Durch den SPD-Sieg in Rheinland-Pfalz blieben der CDU/CSU von den „alten“ Bundesländern nur noch Bayern und Baden-Württemberg. Doch die Freunde vieler SPD-Mitglieder und -Anhänger wird stark getrübt durch Regierungsbündnisse der SPD mit den bürgerlichen (FDP oder CDU) in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Solche Koalitionen verwässern die sich jetzt bietende Möglichkeit, über das Forum des Bundesrats die arbeitfeindliche Politik Kohls frontal anzugreifen, um von dort aus den Kampf um einen Sturz der Kohl-Regierung, um Neuwahlen und eine den Interessen der arbeitenden Bevölkerung verpflichtete Regierung aufzunehmen. In keinem dieser Länder besteht eine Mehrheit an Parlamentssitzen von CDU und FDP. Die drei Parteien der Bonner Koalition regieren nur noch in 6 von 16 Bundesländern, vier davon in östlichen Bundesländern mit ihren bemerkenswerten instabilen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen. Diese sechs Länder haben nur 27 von 68 Stimmen im Bundesrat. Mit einer konsequenten Politik für die Interessen der Lohnabhängigen und für konsequenten Umweltschutz könnte sich die SPD in den Parlamenten von Hamburg, Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg die Unterstützung von Grünen/Bündnis 90 bzw. PDS sichern und somit in allen Fragen im Bundesrat mit einer Mehrheit von 41 zu 27 Stimmen Kohl und Kapital in Bedrängnis bringen.

Fortsetzung Seite 3

Der Kommentar

Bonn oder Berlin?

Am Tag nach der Wahl Niederlage in Rheinland-Pfalz startete Kohl ein kleines Ablenkungsmanöver und gab seine bisherige Zurückhaltung in Sachen Hauptstadtfrage auf. Er machte sich für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz stark; Umzugstermin soll aber erst in 10-15 Jahren sein.

Schon seit Monaten scheint es für manche Politiker nichts Wichtiges zu geben, als die Diskussion um den künftigen Regierung- und Parlamentsitz. Kein Wunder: viele hatten sich in dem Provisorium Bonn schon auf Dauer eingerichtet und wurden durch die Ereignisse des letzten Jahres aus der Provinz-Beschaulichkeit aufgeschreckt.

Die Kampagnen der jeweiligen Lobbyisten werden von beiden Seiten gleich heftig geführt und gehen quer durch die Parteien. Politiker aus Bonn und NRW sprechen sich natürlich für die Beibehaltung des Status quo aus. Das Pro-Bonn-Lager befürchtet, einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor für die Region und ein wichtiges politisches Entscheidungszentrum zu verlieren - ganz zu schweigen von den vielen Eigenheimen der Parlamentarier und Beamten, die dann in den Sand gesetzt worden wären. Ein Unstund, der auch den Bonner Immobilienmaklern zu schaffen machen dürfte.

Überlegungen der Herrschenden

Aber solch profane Dinge werden natürlich in der Argumentation nicht angeführt. Stattdessen geht es angeblich darum, daß eine Entscheidung für Bonn den Federalismus stärken und die Nähe zur „europäischen Idee“ dokumentieren würde. Bei solchen Überlegungen geht man anscheinend davon aus, daß Europa an der Oder-Neiße-Grenze aufhört - denn gesamt-europäisch betrachtet liegt Berlin allemal zentral. Und zur Betonung des Federalismus hätte jede Landeshauptstadt - wie Düsseldorf, Wiesbaden oder München - mehr Anspruch auf den Hauptstadt-Zuschlag als ausgerechnet Bonn.

Erster zu nehmen ist da schon das Finanz-Argument: denn ein Umzug würde in der Tat Milliarden-Summen verschlingen, die anderswo nötiger wären.

Das Berlin-Lager wiederum erhofft sich eine politische und wirtschaftliche Stärkung der Stadt, die durch die Probleme der Vereinigung und den strukturellen Abbau der Berlin-Förderung ohnehin stark gebeutelt ist. Die Entscheidung für Berlin als Regierungs- und Parlamentsitz würde erhebliche Zuwendungen nach sich ziehen: Bauprogramme, besondere Hauptstadt-Förderung, den Zuzug von Konzern- oder Bankzentralen in die Stadt.

Hinter dem vordergründigen Streit der Politiker und Lobbyisten stehen aber auch die politischen Überlegungen der herrschenden Klasse. Einerseits möchte die deutsche Bourgeoisie ihr neu erworbene Selbstbewußtsein nach der Einverleibung der DDR äußerlich sichtbar dokumentieren. Nicht nur durch verstärktes politisches und militärisches Mitwirken in der Weltpolitik, sondern symbolisch auch durch Berlin als „würdige“ Hauptstadt, mit der an frühere Stärke und alte nationale Traditionen der Herrschenden angednüpft werden kann. Andererseits graut ihnen aber auch vor dem Gedanken, den Regierungssitz in eine lebendige, politisch umtriebige Großstadt zu verlagern, die zudem noch mitten in dem von ihnen angerichteten Chaos in den fünf neuen Ländern liegt.

Grundlegende Entscheidungen fallen nicht im Parlament

Wie sollen sich Linke und Sozialisten zu dieser Frage verhalten?

Zunächst bleibt festzuhalten, daß dies natürlich keine derart zentrale Frage ist wie es der darüber entbrannte Streit vermuten ließe. Wir müssen vor allem dafür eintreten, daß eine Entscheidung - wie immer sie ausfallen mag - nicht zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung geht, weder in einer der beiden Städte noch für die Masse der Steuerzahler.

Wo immer sich Parlament und Regierung befinden mögen - die eigentlichen Entscheidungen werden in unserem kapitalistischen System nicht dort, sondern in den Chefetagen der Banken und Konzerne gefällt. Dennoch kann uns nicht vollkommen gleichgültig sein, ob die wirtschaftlichen, militär-stellen und parlamentarischen Entscheidungsträger in einem Provinznest oder in einer zentralen Großstadt sitzen. In einer Großstadt sind sie jedenfalls viel eher dem - von ihnen deswegen gefürchteten - „Druck der Straße“ ausgesetzt.

Für Bonn als Hauptstadt spricht deswegen überhaupt nichts - im Gegenteil: Bonn steht in der Tradition von Weimar, d.h. in der Tradition der Herrschenden, genau vor dessen „Druck der Straße“ zu flüchten. Nach dem ersten Weltkrieg verlegten die Herrschenden die verfassunggebende Versammlung nach Weimar, um sich dem revolutionären Berlin zu entziehen. Nach dem zweiten Weltkrieg sahen sie sich durch die damals ebenfalls starken sozialistischen Bestrebungen dazu veranlaßt, den „provisorische“ Regierungssitz lieber in ein stockkonservatives Rheinländchen zu verlegen.

Aus wo solle die Hauptstadt sein, damit sie möglichst in Reichweite des Einiges spräche für Berlin als wichtigen politisch-kulturellen Zentrum; aber auch z.B. für eine Großstadt im Ruhrgebiet als immer noch größtem industriellen Ballungsgebiet Europas. In beiden Regionen gibt es starke gesellschaftliche und politische Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir möchten zu dieser Frage eine Debatte unter unseren Lesern eröffnen: Hauptstadt Bonn, Berlin oder sonstwo? Schreibt uns Eure Meinungen und Argumente.

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.,
verantwortlicher Redakteur: Hans-Cerd Öfinger.

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung:
Postgipant Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 99-430.

Hintergrund

Tschernobyl

Fünf Jahre später - und kein bißchen weiser?

Am 26. April 1986 um 1.20 Uhr explodierte der Reaktor im Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine. Der gefürchtete Super-GAU war da. Einige Tage später erreichte die radioaktive Wolke Deutschland. Fünf Jahre danach wird allmählich klar, daß das Ganze ein riesiges Trauerspiel von bewußtem Betrug und purer Unfähigkeit seitens der Behörden ist.

Damals wurde in Bayern die höchsten Werte in der BRD mit 20.000 pro Quadratmeter gemessen. In der Sowjetunion gelten 2000 Quadratmeter in der russischen Föderation, 1500 in der Ukraine und 7000 in Belorussland als extrem verstrahlt (Minderstangen). In diesen Gebieten werden offiziell Strahlungswerte von 550.000 bis 1,5 Mio. Becquerel angegeben. Doch nur die „Sperrzone“ um Tschernobyl selbst (Durchmesser: 60

Hunderttausende Menschen leiden an sogenannten „Tschernobyl-Aids“, Symptome wie Kreislaufschwächen bis



Katastrophenhelfer in Tschernobyl: 700.000 Menschen wurden miserabel ausgerüstet dort eingesetzt.

Kilometer) wurde offiziell zum Evakuierungsgebiet erklärt. Noch am Tag der Explosion fanden Hochzeiten statt, spielten Kinder auf der Straße. Erst 36 Stunden später wurde mit der Evakuierung begonnen. Ein Beamter hat jetzt zugegeben, daß die Regierung sich ein „Notlüge“ bediente, um keine Panik aufkommen zu lassen.

Geheimhaltung

Diese Geheimhaltungsstrategie so wie die erschreckende Inkompetenz der Behörden hat schon Tausenden Menschen das Leben gekostet und wird in den nächsten Jahrzehnten Millionen Opfer fordern. Die offiziellen Zahlen sagen darüber nichts aus, da ein klinischer Zusammenhang zwischen der Verstrahlung eines Opfers und seinem Tod bzw. seiner Erkrankung nicht hergestellt werden darf. Nur die Katastrophenhelfer der ersten Stunden am Tage nach der Explosion (falls sie überlebt haben) werden als Invalide anerkannt und kriegen ihre Rente.

Insgesamt wurden ca. 700.000 Menschen (sogenannte „Liquidatoren“) in dieser Zeit in unmittelbarer Nähe des Reaktors eingesetzt, der Großteil davon Soldaten, die dorthin zwangsweise abkommandiert wurden. Laut Berichten von Betroffenen gab es kaum ausreichende Schutzkleidung, Strahlenmeßgeräte waren Mangelware. Auch wenn sie benutzt wurden, wurden die Einzelergebnisse oft um ein Mehrtrales reduziert. Auch heute wird die Strahlendosis der KKW-Beschäftigten systematisch gefälscht. Die Geheimhal-

tungsstrategie der Regierung ging soweit, daß eine radioaktive Wolke, die einige Tage später auf Moskau zutrieb, mit Hilfe von Kohlendioxid-Schnee über einem anderen Gebiet abgereinigt wurde. Dies berichteten jetzt Wissenschaftler auf einem Berliner Kongress.

Folgeschäden

Hunderttausende Menschen leiden an sogenannten „Tschernobyl-Aids“, Symptome wie Kreislaufschwächen bis

hin zu zeitweiliger Bewußtlosigkeit, Kopf- und Gliedschmerzen, Schwäche des Abwehrsystems schlechthin, Leukämie (Blutkrebs) besonders bei Kindern, bedeuten für viele, daß das Leben zur Qual geworden ist. Im Tschernobyl-Werk selbst gibt es fast jeden Monat einen Selbstmord. Die schiere Ver-

hin zu zeitweiliger Bewußtlosigkeit, Kopf- und Gliedschmerzen, Schwäche des Abwehrsystems schlechthin, Leukämie (Blutkrebs) besonders bei Kindern, bedeuten für viele, daß das Leben zur Qual geworden ist. Im Tschernobyl-Werk selbst gibt es fast jeden Monat einen Selbstmord. Die schiere Ver-

Unsere Forderungen:

- ☐ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke.
- ☐ Kein Export von Atomtechnologie ins Ausland.
- ☐ Überführung aller am Atomgeschäft beteiligten Firmen (Versicherungen, Banken, Atomindustrie, Elektrizitätserzeugung) in Gemeindegut.
- ☐ Kontrolle und Verwaltung dieser in Geheimgeheimtum überführten Unternehmen durch die arbeitende Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften.
- ☐ Keine Entlassungen in der Atomindustrie. 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten.
- ☐ Umrüstung der Atomindustrie auf alternative Produktion. Ausarbeitung eines Planes hierzu durch die DGB-Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst.
- ☐ Ausarbeitung eines volkswirtschaftlichen Planes zur rationalen Erzeugung von Strom und Energie.
- ☐ Sofortige Anstrengungen, die industrielle Abwärme zur Stromerzeugung zu nutzen.
- ☐ Sofortige Erforschung und Entwicklung der alternativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw.) unter Einsatz massiver staatlicher Finanzmittel.
- ☐ Übergangsweise Genehmigung von Kohlekraftwerken mit modernster Umwelttechnologie.
- ☐ Sofortige Maßnahmen, um die bessere und rationellere Nutzung von Energie und Elektrizität in die Tat umzusetzen.
- ☐ Für eine sozialistische Planwirtschaft auf dem Energiesektor - für die Anwendung modernster Erkenntnisse aus Technik, Wissenschaft und Ökologie bei der Energieerzeugung.

Aktuelles

Interview mit Hans Janßen, IGM

„Es muß noch etwas anderes geben als die kapitalistische Ordnung“

Hans Janßen war von 1977-86 Mitglied im IG-Metall-Vorstand, zuständig für Tarifpolitik. Er machte sich als linker und kämpferischer Gewerkschafter einen guten Namen bei Gewerkschaftsaktivisten. VORAN-Mitarbeiter Bruno Hof befragte ihn am Rande einer Veranstaltung in Köln.

Bis: Du auch der Meinung, daß die SPD-Politik viel zu zahm ist? Immerhin ist - vor allem nach der Rheinland-Platz Wahl - die Regierung sehr zersplittert, und das würde jetzt eine gute Chance, in die Offensive zu gehen.

Ja, der Ansicht bin ich allerdings auch, daß die SPD etwas zurückhaltend ist in ihren Formulierungen. Gerade jetzt, da die Bürger, insbesondere die der früheren DDR, bei den Wahlen so furchtlich getäuscht worden sind, wäre es wohl notwendig, daß die SPD eben mehr Profil zeigt und auch gegenüber der CDU sich abhebt durch eine Partei, die einlich mit den Bürgern umzugehen bereit ist und nicht über Wahlbüßen an die Macht zu kommen versucht. Im Grunde zahlen wir als Sozialdemokraten für die Ehrlichkeit Oskar Lafontaine vor den Wahlen, aber jetzt sieht wohl jedermann ein, daß er und damit auch der Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Recht gehabt hat.

Die SPD hat sich schon während der Volkskammerwahl und dann bei der letzten Bundestagswahl in die Defensive gedrückt gefühlt durch die Kampagne der CDU, die gesagt hat: „Der Sozialismus ist tot“, und das auch auf die SPD bezogen. Die SPD-



Hans Janßen: „Was an der Marktwirtschaft sozial ist, wurde von den Gewerkschaften gegen das Kapital erkämpft.“

Der „Sozialismus“, wenn es denn einer gewesen wäre, wie er drüben existierte, wird nicht wiederbelebbar sein, und um den ist es auch nicht schade. Allerdings meine ich, daß an die Stelle des „real existierenden Sozialismus“, wie er genannt wurde, jetzt eine kapitalistische Ordnung tritt, die fürchterliche Wunden schlägt. So ist das nicht zu meistern, und die Fetischisten der Marktwirtschaft werden noch lernen

müssen, daß das Sanieren der Betriebe, wie es die Gewerkschaftsbewegung und die SPD vorgeschlagen haben, wichtiger ist als das Privatisieren der Betriebe. Nur eine Konkursmassefabriken nach der Wiedervereinigung Deutschlands halte ich für etwas ganz Schlimmes.

Und die Frage: „Ist der Sozialismus tot?“ will ich dann so zu beantworten versuchen: Es muß noch etwas anderes geben als diese Ellenbogengesellschaft, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik, die ja auch viel Not und Elend geschaffen hat. Darüber wird ja bei uns nicht mehr gesprochen, weil das alles zurücktritt hinter der Not und dem Elend, das jetzt im Osten wächst.

Hände weg vom Asylrecht!

Wer es geschafft hat, mit Frau, Kindern und einigen wenigen Habebelegungen das gelobte Land der sozialen Marktwirtschaft zu erreichen, um Schutz vor politischer Verfolgung, Folter, Kriegen oder „nur“ Armut zu suchen, sieht sich großen Angriffen ausgesetzt.

Sie müssen damit rechnen, direkt an der Grenze zurückgeschickt oder von einem Land ins nächste abgeschoben zu werden. 1988 sind von 103.000 Flüchtlingen (der Großteil stammt aus Ost- und Südamerika) nur 8,6% als Asylbewerber anerkannt worden. Das Untersuchungsverfahren dauert 12-13 Monate.

Von 90% der Abgewiesenen wurde eine Berufung gegen dieses (oft Todes-) Urteil eingeleitet. Dieses Verfahren dauert bis zu acht Jahren an. Das bedeutet für Asylbewerber zunehmende Unsicherheit und die ständige Gefahr, doch noch ins Heimatland zurückgeschickt werden zu können.

In dieser Zeit gibt für sie Arbeitsverbote und Unterkunft in Sammellagern (Turnhallen, Schiffscontainer usw.), welches besonders für Frauen eine unzumutbare Situation bedeutet.

Sprachkurse, Studium oder Ausbildung sind für ausländische Flüchtlinge erst nach einer rechtskräftigen Anerkennung möglich. Wegen des Arbeitsverbots sind sie alle unfreiwillig Sozialhilfeempfänger. Doch nach 1101 BSH-G haben sie nur Ansprüche auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“, die je nach Ermessen der Behörden gekürzt werden

Das wiederum verschärft Spannungen und das Miftrauen der einheimischen Bevölkerung. So können die wahren Schuldigen an den sozialen Missständen, die Kapitalisten, die außerdem noch von der elendigen Situation der ärmeren Länder profitieren vor sich ablenken.

Die Regierenden, unter ihnen leider auch SPD-Politiker, haben für sich der §1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar...“) schon geändert in: „Die Macht des Kapitals ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung und Aufgabe aller staatlichen Gewalt.“ Warum müssen dafür eintreten, daß das Asylrecht nicht ausgetübelt und Asylbewerber nicht zu Sündenböcken gestempelt werden.

Kim Opgenoorth, Aachen Jungsozialist

Fortsetzung von Seite 1

SPD in die Offensive...

Inzwischen hat selbst Hans-Jochen Vogel öffentlich Neuwahlen gefordert. Doch seine Gedankenspiele gehen in Richtung SPD/FDP-Koalition (was im gegenwärtigen Bundestag nicht möglich wäre). Björn Engholm stellte schon am Abend der rheinland-pfälzischen Landtagswahl fest, daß für ihn eine sozialliberale Koalition einen „besonderen Charme“ ausstrahle...

Kein liberales Feigenblatt

Viele Parteimitglieder befürchten jetzt, daß sich die Genossen in der Parteispitze wieder ein „liberales“ Feigenblatt zulegen wollen - als Alibi, um eben doch keine konsequente Interessenvertretung betreiben und sich nicht mit den Konzernern anlegen zu müssen. Dabei hat doch gerade Einholms Heirat Schleswig-Holstein vor drei Jahren gezeigt, daß in einem Jahrzehntrelang von der CDU regierten Land ein erdruschartiger SPD-Wahlsieg (knapp 55%) möglich ist, wenn die ganze Partei

dieses Ziel motiviert anstrebt und Hoffnungen auf eine Politik für die Masse der Bevölkerung (und nicht das große Geld) wecken kann.

Kohl die rote Karte zeigen

Die Wähler in Rheinland-Pfalz haben der Regierung Kohl „die rote Karte“ gezeigt, stellte Ingrid Mathäus-Maier im Bundestag fest. Doch dieser Regierung die rote Karte zeigen kann nicht heißen, ihr immer näher zu kommen und ihr Treiben somit zu unterstützen. Konsequente Interessenvertretung für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung - die abhängig Beschäftigten, Rentner, Arbeitslosen - schließt Bündnisse und freundschaftliche Umarmung mit den Parteien des großen Geldes aus. Die Parteispitze hat aus 13 Jahren sozialliberaler Koalition (1969-82) offenbar nichts gelernt. Ein neuer Parteivorstand macht noch keine wirkliche Wende hin zu einer -

... mit sozialistischem Programm

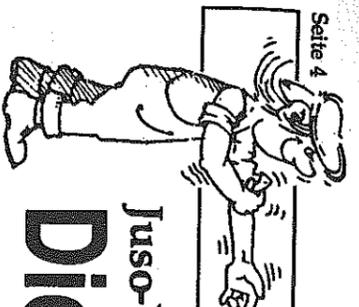
- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Rentern) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.

- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen

- durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Umordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.



Hans-Jochen Vogel und sein Nachfolger Björn Engholm: ein neuer Vorsitzender macht noch keine erneuerte SPD.



Jugend für Sozialismus . . .

Juso-Veranstaltung in Köln

Die große Verkohlung

Auf einer Veranstaltung der Köhler Jusos (Stadtbezirk Kalk) diskutierten Günther Oesinghaus (MdB), Hans Jansen (IG-Metall-Vorstandsmitglied von 1977-86), Tina Berg (Mitglied SPD und HBV) und Thomas Kohmann (Juso aus Leipzig) mit rund 60 Besuchern über die Katastrophe in den neuen Bundesländern.

Der Genosse aus Leipzig berichtete, der Arbeitsmarkt habe kaum offene Stellen zu bieten. Aufgrund der unternehmerbetonten Politik der Bundesregierung sowie der wirtschaftspolitischen Interessen der Treuhandführung werden immer mehr Arbeitsplätze abgebaut. Dies beeinflusst natürlich die Stimmung der Betroffenen, die ihren Arbeitsplatz schon verloren haben oder vielleicht bald verlieren werden. Auch nach der Vereinigung ziehen

die Menschen nach Westen, dorthin, wo sie auf Arbeit hoffen. In den neuen Bundesländern ist die Kriminalität besonders dramatisch gestiegen, auch kann man immer häufiger ausländische feindliche und neonazistische Tendenzen feststellen.

Genosse Jansen sprach ergänzend von Ernüchterung, Erschlüpfung, ja sogar Depression als Stimmungsbild in der Bevölkerung der neuen Bundesländer. Unter Berufung auf die Sozial-Erzählung des „Genossen“ Papst sagte er: „Marktwirtschaft kann niemals sozial sein, man muß sie sozial machen.“

Tina Berg beklagte den Verlust einiger sozialer Errungenschaften der DDR, z.B. des Rechts auf Arbeit und auf Kindergartenplätze. In den neuen Ländern, die sich für die westlichen Unternehmer nur zum Ausschachten

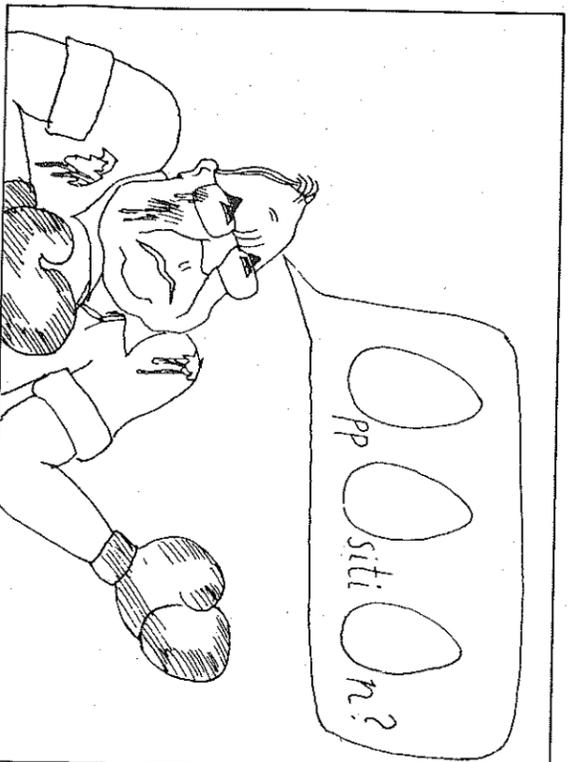
lohen, würden kaum noch örtliche Waren angeboten, sondern fast ausschließlich Westwaren zu überhöhten Preisen. Auch würden die Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer nur selten Beachtung finden. Bezahlung unter Tarif, Erhöhung der Arbeitszeit und Kürzung der Kündigungsfristen sind nur drei Beispiele für den sozialen Untergang der ehemaligen DDR durch die Vereinigung.

Günther Oesinghaus stellte einige Positionen der SPD dar. Keine Abschaffung von Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer, Entschädigung statt Rückgabe (in der Eigentumsfrage), Halbierung des Rüstungshaushaltes, Solidarbeitrag ab Einkommen von 60.000,- DM (120.000,- DM für Verheiratete).

Vom überwiegend sozialdemokratischen Publikum bekamen an diesem Abend Kohl und Konsorten erstunlich wenig Fett weg. Es wurde vor allem nach Veränderung in der SPD gerufen: Keine Entschädigung, keine Rückgabe (in der Eigentumsfrage). Die SPD soll sich alter Traditionen wieder bewusst werden und sich offen zum Sozialismus bekennen. Sie war einmal eine Arbeiterpartei, sie soll es wieder werden. Die SPD soll nie wieder ein Bündnis mit der Unternehmerpartei FDP eingehen, Bündnispartner sollen linke Parteien sein. Die SPD soll offen und engagiert für vorgezogene Neuwahlen kämpfen und die Anbiederung an Kohl unterlassen.

Die Linke in der SPD ist also nicht kaputt, sie ist noch da. Hier wurde radikal die eigene Partei kritisiert. Denn eigentlich hat die SPD ja auch versagt, nämlich in ihrer Rolle als Opposition.

Denis Krämer, Köln, Jungsozialist



Juso-Diskussion über Sozialismus

Kurrieren an Symptomen?

Im letzten A-G-Rundbrief des Jusos-Berzirks Niederrhein heißt es unter anderem vollmundig: „Es wäre unserer Meinung nach ... falsch, den Begriff 'Sozialismus' ... zu eliminieren, sondern es gilt ihn positiv vor allem durch unsere praktische Arbeit zu belegen.“

Was sich die sogenannten „undogmatischen, reform-sozialistischen“ Jusos nun eigentlich unter Sozialismus vorstellen, sollte eine „Zukunftswerkstatt Demokratischer Sozialismus“ am 6. April in Kerken-Stenden deutlich machen. Viel Neues bekam man dort jedoch nicht zu hören.

Für waschechte Reformisten bedeutet Sozialismus immer noch lediglich eine gesellschaftliche Utopie, die man durch ein unzusammenhängendes Stückelwerk kleiner und kleinster Reformen erreichen will. Wie dieses Puzzle aber letztlich dann zu einer sozialistischen Gesellschaft zusammengesetzt werden soll, vermochte auch der Bezirksvorsitzende Dirk Pung nicht einleuchtend zu erklären.

Ersichtlich war auf alle Fälle, wie man es schaffe, die historische Entwicklung des Sozialismus in einem Referat durchaus richtig darzustellen, und dann in der darauffolgenden Diskussion unter anderem Karl Marx wieder so uninterpretierte und zurechtstutze, daß es einem schon weh tat. Der allgegenwärtige Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital wurde von der Mehrheit der Teilnehmer verlesen, z.T. sogar als „Blödsinn“ (Zitat) bezeichnet.

So zieht man es vor, die ökonomische Frage bei der politischen Arbeit vor Ort ganz auszuklammern. Viel lieber dockt man auf allen Gebieten wie z.B. der Ausländerfeindlichkeit, der multikulturellen Gesellschaft, der Ökologie etc. nur an den Symptomen

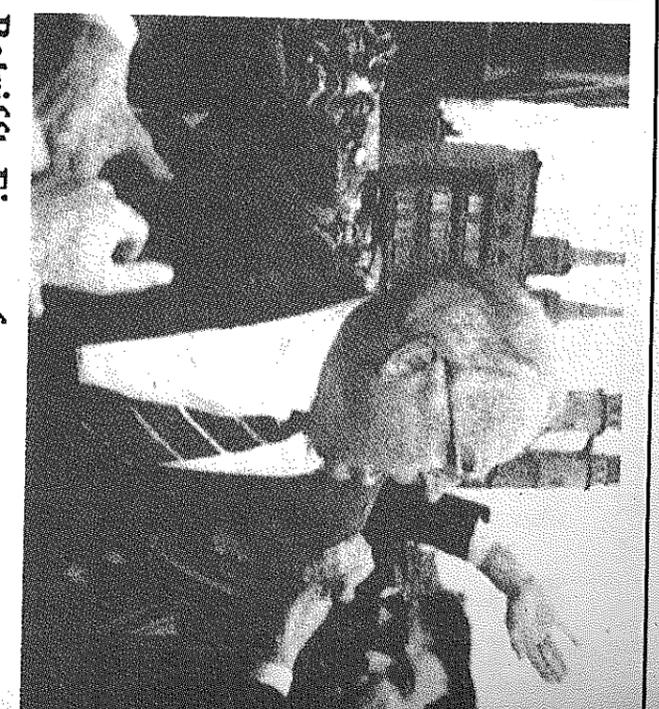
herum, anstatt an die Wurzeln des Problems zu gehen. Thomas Tandnitz, Solingen Jungsozialist

„Realpolitik“ in der Umweltfrage

Im Diskussionskreis Ökologie waren sich alle Beteiligten einig, daß es mit der Umweltzerstörung nicht weitergehen darf. Soweit so gut. Die einhellige Meinung war, daß die Jusos einen neuen Weg gehen müssen. Doch für die einen sieht der Weg sehr so aus, daß die ökologische Zerstörung nur in Zusammenarbeit von Arbeitnehmern, SPD, Jusos und Arbeitgebern aufzuhalten sei. Der Genosse Vorsitzende sprach sogar davon, daß die Arbeitgeber eingeschlossen hätten, daß sie nicht so weitermachen könnten und ihre sozialen Seiten entdeckt hätten. Auf meinen Einwand hin, daß dies doch auf einen sinnlosen Burgfrieden hinauslaufen würde, erhielt ich zur Antwort, daß dieser Burgfrieden notwendig sei, um zum Ziel zu kommen. Wir bräuchten eine Sozialpartnerschaft mit allen Beteiligten. Offenbar vergessen die Genossen, daß Unternehmen ihr Profit allemal wichtiger ist als Umweltschutzmaßnahmen.

Die meisten Jusos sind Schüler und Studenten, die einen Betrieb vielleicht nur durch Ferienjobs von ihnen kennen. Von daher fehlt die praktische Arbeit als Gewerkschafter. Denn als Basis-Gewerkschafter kommt man schnell dahinter, daß es keinen Burgfrieden mit den Arbeitgebern geben kann. Mit diesen politischen Vorstellungen können Jusos keinen Blumentopf gewinnen, geschweige denn, eine vernünftige sozialistische Politik durchzuführen. In der Abschlussdiskussion sagte ein Genosse vom Juso-Ber-

zirksvorstand, in einer Sache wäre er knallharter Marxist: Er überdenke von Zeit zu Zeit seine politische Position. Auch ich überdenke von Zeit zu Zeit meine politische Position. Dabei komme ich jedesmal zum gleichen Ergebnis: „Mit unseren Klassenfeinden kann es keine Sozialpartnerschaft geben.“ Hinter dieser Überzeugung stehen über zehn Jahre betriebliche Erfahrung und Arbeitskampf. Lothar Lüddecke, Remscheid Jungsozialist



Betrifft: Eierwerfen Die Kleinen fängt man, die Großen läßt man laufen...

Wir drucken hier unsere Stellungnahme zur Hetze gegen den Genossen Matthias Schipke ab, an der sich unglücklicherweise auch die SPD mit einem Parteinamensverfahren beteiligte. Unter dem massiven Druck seitens der Partei ist Matthias inzwischen aus der SPD ausgetreten (worden). Die Haltung der Parteigremien ist umso unverständlicher, als der eigentliche Gegner - die Kohl-Regierung - eher mit Samthandschuhen angefaßt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Matthias,

wir solidarisieren uns mit Deinem und dem Protest der Jusos in Halle gegen die Politik des Bundeskanzlers. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Steuerhölle, Existenzangst und Perspektivlosigkeit haben den berechtigten Protest der Arbeiter und Jugendlichen in den fünf neuen Ländern hervorgerufen. Wir begrüßen es, wenn gerade die Jusos dieser Stimmung Ausdruck verleihen, zumal große Teile der Parteilührung zur Zeit einen Anbielerungskurs an Kohl & Co. betreiben.

Wenn wir auch Bierwürte nicht gerade für die geeignete Form halten, weil in Form von Transparenten, Plakaten, Sprechböden u.ä. Argumente transportiert werden können, so haben wir doch volles Verständnis für die aus solchen Aktionen sprichende Wut der Betroffenen.

Im übrigen steht diese begrenzte Regelverletzung in keinem Verhältnis zu den politischen Untaten

Kohls und seiner Regierung, die so viel Leid und Verzweiflung in den neuen Ländern angerichtet haben. Wir empfinden es als Dreistigkeit, wenn führende Politiker aus Regierung, Union und FDP solche harmlosen Aktionen zum Anlaß hysterischer Reaktionen nehmen - befehlen und finden sich doch in ihren Zirkeln Rüstungs-Lobbyisten und Kriegsunterstützer, Leute wie Barschel oder Vorbestrafte wie Lambsdorff und Leisler-Klop.

Wir verurteilen daher jeden Versuch, Dich oder andere Jusos zu kriminalisieren oder gar in die Ecke von „herronistischen Gewalttätern“ zu drängen.

Wir fordern insbesondere die SPD-Gremien auf, jegliche Disziplinierung zu unterlassen. Es kann ja wohl nicht angehen, daß ein Jungsozialist wegen einer Notlüge diszipliniert wird, während man mit den Steuerlügen aus Bonn in Arbeitergruppen palavert und auf Engste zusammenarbeitet.

Wir erwarten von der SPD-Führung, daß sie Dich gegen die durchsichtigen Angriffe aus dem rechten Lager verteidigt und endlich eine knallharte Oppositionspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend in den neuen Ländern betreibt, d.h. einen energischen Kampf gegen die Kohl-Regierung aufnimmt.

Mit solidarischen Grüßen, die Redaktion VORAN, Köln, 14.5.1991.

Jahreshauptversammlung der Kasseler Jusos

Marxisten im Amt bestätigt

Am 27. April fand die Jahreshauptversammlung der Kasseler Jusos statt, die die marxistische Mehrheit im Vorstandskollektiv bestätigte. Die Versammlung mit über 50 Teilnehmern zeigte, daß die Jusos zum Anziehungspunkt für die kämpferischen Teile der Kasseler Jugend geworden sind.

Zweifellos haben wir uns große Anerkennung verschafft, als wir in der Antikriegs-Bewegung eine führende Rolle bei der Organisation des Widerstands spielten. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschülerrat haben wir es geschafft, die Wut der Jugendlichen gegen den grausamen Krieg der Imperialisten zu einer 12-15.000 Teilnehmer starken Schülersdemo zu bündeln. Als die Bewegung abflaute, konnten wir vielen Schülern eine politische Perspektive aufzeigen: sich am Aufbau eines starken sozialistischen Jugendverbandes zu beteiligen, um gegen die Ursache der imperialistischen Kriege, das kapitalistische Profitsystem, zu kämpfen.

Nicht nur an den Schulen, sondern auch in den Betrieben sind die Kasseler Jusos bekannt geworden. So war auch ein älterer Genosse bei unserer Versammlung anwesend, der schon seit längerer Zeit die VORAN in seinem Betrieb auslegt. (Er sagte: „Darin steht, was die Arbeiter angeht.“) Nun hat er sich entschlossen, regelmäßig mit uns in Kontakt zu bleiben, um im Kampf gegen Umweltvergiftung und Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz gemeinsam mit uns stärker zu sein.

Wir konnten im letzten Jahr auch einige junge Arbeiter für die Mitarbeit gewinnen. Bei aktiven Gewerkschaftern und Vertrauensleuten haben wir uns einen Namen gemacht, weil wir bei allen wichtigen gewerkschaftlichen Kämpfen unsere Solidarität gezeigt haben. Wir haben praktische Streikunterstützung geleistet und konnten bei mehreren Gelegenheiten Grußworte an die Kolleginnen und Kollegen richten - sei es z.B. beim Warnstreik der IG Metall mit 3500 Kollegen oder bei einer Streikversammlung.

Schon jetzt sind wir zu einem wichtigen politischen Faktor in der Kasseler Arbeiter- und Jugendbewegung und auch in der SPD geworden (was auch den SPD-Bundestagsabgeordneten aus Kassel, Horst-Peier, dazu veranlaßte, unsere Jahreshauptversammlung zu besuchen). Bemerkenswert war auch, daß von den Juso-Genossen, die uns Marxisten letztes Jahr hart angegriffen hatten (einer äußerte sogar die Meinung, wir gehörten nicht in den Verband) kaum jemand erschienen ist. Möglicherweise war es ihnen unangenehm, daß ihre unsolidarisch vorgebrachte Kritik vom letzten Jahr durch unsere praktischen Erfolge (und dem großen Zuwachs an jungen Parteimitgliedern) so plausibel widerlegt wurde. Über die weitere Arbeit, unter anderem die Erarbeitung eines kommunalen Jugendprogramms für Kassel, werden wir in späteren Ausgaben von VORAN berichten. Angelika Teweliet, Kassel

Proteste gegen verschärfte Studienbedingungen

Ausbau der Hochschulen erkämpfen

Einige tausend Fachhochschüler streikten und demonstrierten am 24. April 1991 in Bayern mit Unterstützung von Professoren und GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) gegen die geplante Verschärfung der Studienbedingungen. Auf ihren Transparenten forderten sie eine bessere Ausstattung der Fachhochschulen (FH) ebenso wie die Rücknahme der neuen Rahmenprüfungsordnung. VORAN-Unterstützer aus Nürnberg, wo sich 2000 Studenten an dem landesweiten Aktionstag beteiligten, befragten Eva und Hort, beides führende Aktivistinnen der Protestbewegung, zu den Hintergründen.

VORAN: Aus welchem Anlaß habt Ihr die Aktionen bayernweit überhaupt gemacht?

Eva: Die RaPo (Rahmenprüfungsordnung) soll verschärft werden. Das bewirkt unter dem Strich, daß teils das Studium länger, weil schwieriger wird, und teils daß es sich so verschärft, daß man relativ schnell aus dem Studium rausfliegt.

VORAN: Diese Verschärfung ist der wichtigste Bestandteil des Enkourfes? Das Studium wird kürzer?

Eva: Deren Ziel ist angeblich die Studienzeitverkürzung. Aber die Maßnahmen verkürzen nicht das Studium, sondern verlängern es. Gleichzeitig ist es so, daß sie darauf spekulieren, daß der, der die Prüfung nicht geschafft hat, aufgrund der Verschärfung keine Wiederholungsmöglichkeit hat. Das heißt, eigentlich müßten sie Geld in den Ausbau von Hochschulen reinpumpen, aber wenn sie das nicht machen wollen, dann müssen sie eben Studierende rausnehmen.

Hort: Es gibt zu der Rahmenprüfungsordnung noch einen Maßnahmenkatalog, der zwar offiziell noch nicht zur Debatte steht, aber der eigentlich noch über die RaPo hinausgeht. Da ist z.B. jetzt schon vorausgedacht, daß

das Urlaubssemester, das bisher häufig anerkannt wurde, nicht mehr genehmigt wird, wenn es zum Arbeiten herangezogen wird.

Eva: Das ist dann noch mal extra pervers. Wenn es jemand schon nötig hat, ein Urlaubssemester zu nehmen, um sein Studium zu finanzieren, dann wird ihm dies auch noch gestrichen.

VORAN: Wann soll der Entwurf umgesetzt werden?

Hort: Im Oktober 1991.

VORAN: Welche finanziellen Auswirkungen werden die Verschärfungen jetzt haben?

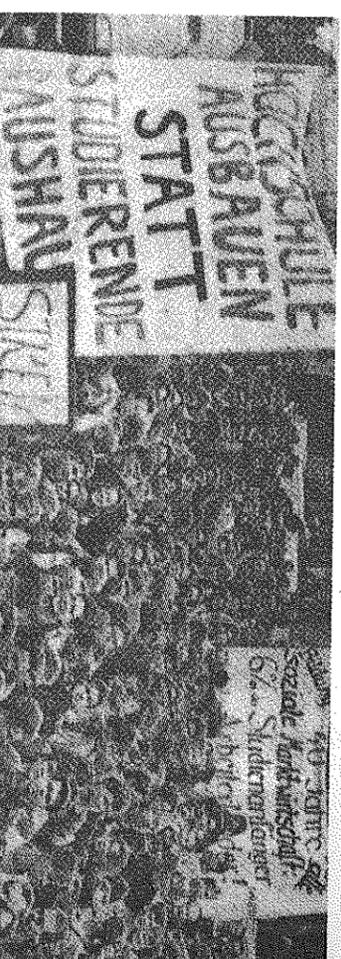
Hort: Keine direkten. Seit einiger Zeit jedoch gibt es eine Förderungslochdauer. Das sagt aus, daß die Regelstudienzeit, die für jeden Studiengang festgelegt ist, im Normalfall acht Semester plus ein Semester Diplom, zur Förderung herangezogen werden kann. Alles, was darüber hinausgeht, wird nicht mehr gefördert. Das heißt im Kartext, wer länger braucht, muß eben sehen, wie er zu seinem Geld kommt.

VORAN: Seht Ihr das im Zusammenhang mit den Angriffen auf das Bildungssystem in den FNL? Dort werden ja auch ganze Unis rüchgeschmachtet, das 13. Schuljahr an den Gymnasien soll ja jetzt wieder gestrichen werden.

Hort: Speziell an den FNs haben wir eigentlich ein Problem, das woanders nicht in dem Ausmaß vorhanden ist. Die FNs existieren eigentlich aufgrund der Industrie, indem sie Aufträge von der Industrie bekommen; die Aufträge werden von Studenten erledigt, und

diens- und Gymnasialzeiten verkürzt werden. Die Arbeitskräfte sind dann für die Industrie früher verfügbar. **VORAN:** Haben die Studenten Vertrauen darin, mit den Streiks wirklich etwas zu erreichen?

Eva: Viele sagen, ja die Situation ist Es gibt in den technischen Bereichen Zweckweithwerbe der Industrie. Da muß man z.B. in der Architektur bestimmte Dinge entwerfen und es gibt Preise dafür. Für den Ersten gibt es 3000 - DM, den Zweiten 2000 - DM usw. Das ist der Punkt, wo der Konkurrenzkampf beginnt. Da wird dem Konkurrenz natürlich nicht mehr geholfen.



Tausende Studenten beteiligten sich Ende April am bayernweiten Aktionstag der Fachhochschüler.

gehen dann als fertige Arbeit wieder in die Industrie. Dafür bezahlt die FH das Geld. Das bedeutet, daß die FH das machen muß, was die Industrie sagt. Genau das ist der wunde Punkt. Die Industrie sagt eben, die Studierenden seien zu lange vom Arbeitsmarkt fern. Das ist der Grund, weswegen die Stu-

beschissen, aber was bringt es, wenn ich streike. Und das andere ist so eine allgemeine Tendenz von Individualisierung.

VORAN: Liegt das am Konkurrenzkampf unter den Studenten?

Hort: Der Konkurrenzkampf ist hier ja schon in die Ausbildung integriert.

IGM-Bundesjugendtreffen

Viel Trubel - wenig Perspektive

Unter dem Motto „Janz auf dem Regenbogen“ fand vom 17.-20. Mai in Bielefeld das bislang größte Bundesjugendtreffen der IG Metall statt. Ca. 7000 Kolleginnen und Kollegen, unter ihnen ca. 1500 aus Ostdeutschland, verbrachten vier Tage in einem eigens dafür aufgebauten Zeltort.

Wer nun jedoch, beeindruckt durch die enorme Anzahl, eine gewaltige Demonstration gewerkschaftlicher Stärke und politischer Entschlossenheit erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht. Von Anfang an als unpolitisches Großspektakel auf Jubel, Trübel, Heiterkeit ausgelöst, gingen die wenigen politischen Teile fast gänzlich unter.

Lediglich eine Diskussionsrunde zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit zog größere Gruppen von Leuten an. Interessant wurde dies besonders durch die Beiträge ostdeutscher Kolleg(inn)en, die über die Zustände in den FNL berichteten. Hierbei wurde deutlich, daß gerade im Osten die Perspektiven für junge Menschen mehr als schlecht sind.

Die von den Gewerkschaften so hoch gelobten Beschäftigungsgesellschaften erwiesen sich immer mehr als Weg in die Sackgasse. Perspektivlosigkeit macht sich breit, der auch die IG Metall nicht sich nicht entgegensetzen konnte.

Bei der als Höhepunkt geplanten Diskussion mit dem DGB-Vorsitzenden mußte sich Heinz-Werner Meyer herbe fallen lassen. So verteidigte er nicht nur permanent die Kahlschlagpolitik in der Ex-DDR, sondern machte sich ganz unverhohlen zum Anwalt des Kapitals.

Keine Schulzeitverkürzung

Chancengleichheit statt Elitebildung

Einige Monate nach der deutschen Einheit gingen die Leute in der ehemaligen DDR wieder auf die Straße. Sie haben genug von der katastrophalen Wirtschaftspolitik der Treuhänderanstalt und der CDU-Regierung. Dort, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist, sind Kürzungen wahrscheinlich - also vor allem im sozialen Bereich und auch in den Schulen.

Ein Vorzeichen dafür sind die Diskussionen über eine generelle Schulzeitverkürzung und eine Umstrukturierung des Gymnasiums.

Die Diskussion wird zum einen geführt, weil in den fünf neuen Ländern (FNL) bereits nach zwölf Jahren die allgemeine Hochschulreife erlangt wird und man dort aus finanziellen Gründen die Einführung einer 13. Klassenstufe vermeiden will. Es fehlen Lehrer, Schulgebäude sind dem Einsturz nahe und Unterrichtsmaterialien veraltet. Im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt verstärkt sich zum anderen der Druck der Wirtschaft auf die Politik, die Ausbildungszeiten zu verkürzen.

Vorreiber

Baden-Württemberg

Den konservativen Bildungspolitikern, die dieses Thema schon seit Jahren diskutieren, kommt diese Entwicklung gerade recht. Auf der ersten gesamtdeutschen Kultusministerkonferenz in Stuttgart wurde die Diskussion über das zwölfjährige Gymnasium verstärkt geführt, eine endgültige Entscheidung darüber wird aber frühestens im Herbst gefällt.

Elitegymnasien

Die Stuttgarter Landesregierung nimmt auch in dieser Hinsicht die bildungspolitische Vorreiterrolle ein - und reiht wieder einmal in die falsche Richtung. Genauso wie bei der Abi-Deform (die 1987 durchgezogene „Reform“ zur Verschärfung der Oberstufekurricula) wird im Ländle durch die Einrichtung von vier Elitegymnasien die Schulzeitverkürzung durch die Hintertür eingeführt. Die neue Kultusministerin Marianne Schulz-Hector ist im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Mayer-Vorfelder eine harte Vertreterin der Schulzeitverkürzung.

Das achtjährige Elitegymnasium geht ab dem Schuljahr 1991/92 in seinen Probelauf. Auf den (vorläufig) vier Modellschulen werden die Schüler(innen) von der 5. bis zur 12. Klasse (also bis zum Abitur) im Klassenverband mit sehr eingeschränkten Kurswahlmöglichkeiten durchgeschleust, d.h. die Oberstufenreform der 70er mit ihrem Kursystem ist völlig abgeschafft. Anstelle der anspruchsvollen Aufnahmeprüfung ist zwar ein persönliches Gespräch mit dem Rektor getreten, aber das bischen Make-Up verändert nicht den elitären Charakter dieser Schulen.

Würde das Modell flächendeckend ausgeschrieben, dann bestünde die Gefahr, daß eine 5. Schulart neben Gymnasium, Real-, Haupt- und Sonderschule eingeführt und die vier bestehenden Schularten um eine Stufe abgewertet werden.

Die Elitegymnasien züchten dann

die von der Wirtschaft geforderte schnell lernende Elite heran.

Das alte drei- bzw. viergliedrige Schulsystem jedoch ist auch nicht ideal. Immer noch wird die Schülerschaft in Schulstufen gesteckt - mit den Aufschriften gut, mittelmäßig, schlecht und minderwertig. Das, was eigentlich in der Schulzeit beigebracht werden sollte, kommt zu kurz: kritisches und selbständiges Denken, die Fähigkeit, Diskussionen zu führen, sozial mit anderen Menschen umzugehen und sich sinnvolles Wissen anzueignen.

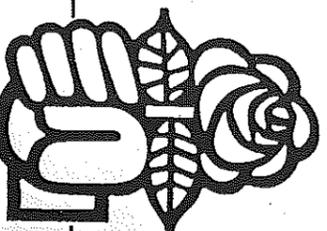
Gesamtschule - erster Schritt vorwärts

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre die Einführung der integrierten Gesamtschule als einzige Schulform (Regelschule) mit einer ausreichenden Ausstattung mit Lehrern und Lehrmitteln. Dort könnten die Schüler(innen) in kleinen Gruppen und bei einer breiten Auswahlmöglichkeit unter den Fächern individuell gefördert werden. Die Kasteneinteilung des bisherigen Schulsystems ist in der integrierten Gesamtschule nahezu aufgehoben - zwischen sogenannten Versagern (Originalton Hector-Schulz, die damit Schüler(innen) meinte, die vom Gymnasium in die Realschule wechseln) und sogenannten Hochbegabten wird kein Unterschied gemacht. Durch ein großes Angebot an Arbeitsgemeinschaften und Förderkursen wird versucht, Lernschwierigkeiten zu beseitigen und über die Grenzen des Lehrplans hinaus Themen zu behandeln.

Die Gesamtschule ist ein großer Fortschritt, aber noch nicht die ideale Schulform. Der Kampf für ein Schulsystem, in dem ohne Zwang und ohne Noten für sich selbst gelernt werden kann, fällt zusammen mit dem Kampf für die Abschaffung dieser leistungsbehafteten Elternorgangsgesellschaft.

Jan Kanzlei, Stuttgart
Jungsozialist

... mach' mit bei den Jusos!



Weltwirtschaft

Die Krise ist da

In drei der sieben größten westlichen Industrieländer schrumpft das Sozialprodukt: Die USA, Kanada und Britanien sind von der Rezession erfaßt. Außer diesen drei großen Industriestaaten befinden sich auch Schweden, Finnland, Australien, Südafrika und Lateinamerika in der Krise. In Afrika geht die Dauerkrise weiter, in Osteuropa herrschen zum Teil Verhältnisse wie zu Zeiten der Depression der 30er Jahre.

In wichtigen Industrieländern (BRD, Frankreich, Italien) schwächt sich das Wachstum ab. In Japan wird für dieses Jahr ein Wachstum um 3% erwartet - ein schwacher Wert, den Japan zuletzt während der internationalen Rezession Anfang der 80er Jahre aufwies.

Wir müssen uns nicht mehr mit der Frage gefassen, ob und wann eine Weltwirtschaftskrise kommt, sondern wann sie die noch fehlenden Länder erfaßt und wie sie verläuft.

Der langanhaltende Wirtschaftsaufschwung der 80er Jahre hat Auswirkungen auf das Bewußtsein fast aller Klassen und Schichten der Bevölkerung, vor allem in den westlichen Industrieländern gehabt. Die Bürgerlichen gingen - auch ermutigt durch den Zusammenbruch des Stalinismus - in die ideologische Offensive und propagierten den Beginn einer neuen, langen Aufschwungs- und Wohlstandspphase, ähnlich der nach dem Ende des 2. Weltkrieges.

Nachkriegsaufschwung

Doch der Nachkriegsaufschwung von 1950-75 war eine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte des Kapitalismus. Nach der Vernichtungsjorge des Krieges, der Zerstörung und Entwertung von Produktionsanlagen, der Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung während des Krieges noch unter das Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1929 war ein langanhaltender Aufschwung möglich.

Die Kapitalisten konnten gut ausgebildete Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen beschäftigen und hohe Profite einstreichen. Mit diesen Profiten konnten moderne Maschinen angeschafft und neue Technologien eingeführt werden, die eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglichten. Der Kapitalismus konnte die Produktivkräfte noch einmal enorm weiterentwickeln.

Unter Vorherrschaft der USA, die am Ausgang des 2. Weltkrieges 52% der weltweiten Güter produzierte, wurden die Zollschranken gesenkt, der Dollar als Leitwährung etabliert und damit der Welthandel in Schwung gebracht, was wiederum einen Anstoß für die Erweitern der Produktion in allen kapitalistischen Ländern gab.

Dadurch konnten die inneren Widersprüche des Systems zeitweilig und teilweise abgemildert werden. Natürlich gab es auch weiterhin die typi-

kennzeichnet. Das durchschnittliche Bruttosozialprodukt-Wachstum der westlichen Industrieländer betrug zwischen 1982-87 nur 2%.

Die Schere zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und den exkolonialen Ländern hat sich weiter geöffnet. Der Anteil Lateinamerikas am Welt-Sozialprodukt ist von 1980 bis 1989 von 7,2 auf 4,6% gesunken, der von Afrika

Durchschnittliche BSP-Wachstumsraten zu konstanten Preisen	1950-73	1973-87
16 OECD-Länder	5,1	3,4
USA	3,7	2,5
Japan	9,3	3,7
BRD	5,9	1,8
9 asiatische Länder	5,4	5,9
6 lateinamerikanische Länder	5,2	2,9

(Quelle: Agnus Maddison, 'The World Economy in the 20th Century, OECD, 1989)

Doch das System stieß unvermeidlicherweise wieder an seine Grenzen. Den Wendepunkt der Nachkriegsentwicklung kennzeichnete die erste internationale gleichzeitig auftretende Krise 1974/75. Seitdem sind Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung wieder ständige Begleiterscheinungen.

Zwar gibt es weiterhin technische Neuerungen, ja sogar aufblühende Branchen. Aber insgesamt ist der Kapitalismus immer weniger in der Lage, die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik gesamtgesellschaftlich nutzbringend anzuwenden.

Selbst im Aufschwung werden weltweit nur durchschnittlich 80% der Produktionskapazitäten genutzt, gibt es Massenarbeitslosigkeit - liegen Produktivkräfte brach. Die Wachstumsraten reichen nicht mehr an die früheren Jahrzehnte heran (siehe Tabelle).

Die Produktivkräfte werden nur dann weiterentwickelt, wenn der aus dem Mehrwert entstehende Profit zurückinvestiert wird. Doch mittlerweile ist eine Stufe erreicht, wo dies in zunehmendem Maße nicht mehr der Fall ist. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte enorm gesteigert, ist aber gleichzeitig organisch unfähig, einen Absatzmarkt für alle Waren zu schaffen. Dieses grundlegende Dilemma äußert sich in der bestehenden Überkapazitäten, in der „modernen Maschinenstümperei“ der Kapitalisten (d.h. der Vernichtung von Produktionskapazitäten) als auch im ungeheuren Ausmaß der Börsen- und Finanzspekulation.

Aufschwung der 80er Jahre

Der Konjunkturaufschwung der 80er Jahre war einer der längsten in der Geschichte des Kapitalismus, aber zugleich auch der schwächste nach 1945. Die erste Phase war durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche ge-

Ausbeutung der „3. Welt“

für die exkolonialen Länder waren die 80er Jahre - bis auf wenige Ausnahmen - ein verlorenes Jahrzehnt, gekennzeichnet von zunehmender Verarmung, Krisen, Hyperinflation. Die

1988/89 war der Höhepunkt des Aufschwungs, seitdem flacht die Kurve der Weltkonjunktur deutlich ab.

Mit den heutigen Technologien und Produktionsmöglichkeiten ist eine weltweite Versorgung mit Gütern, die Ausrottung von Hunger und Elend möglich...

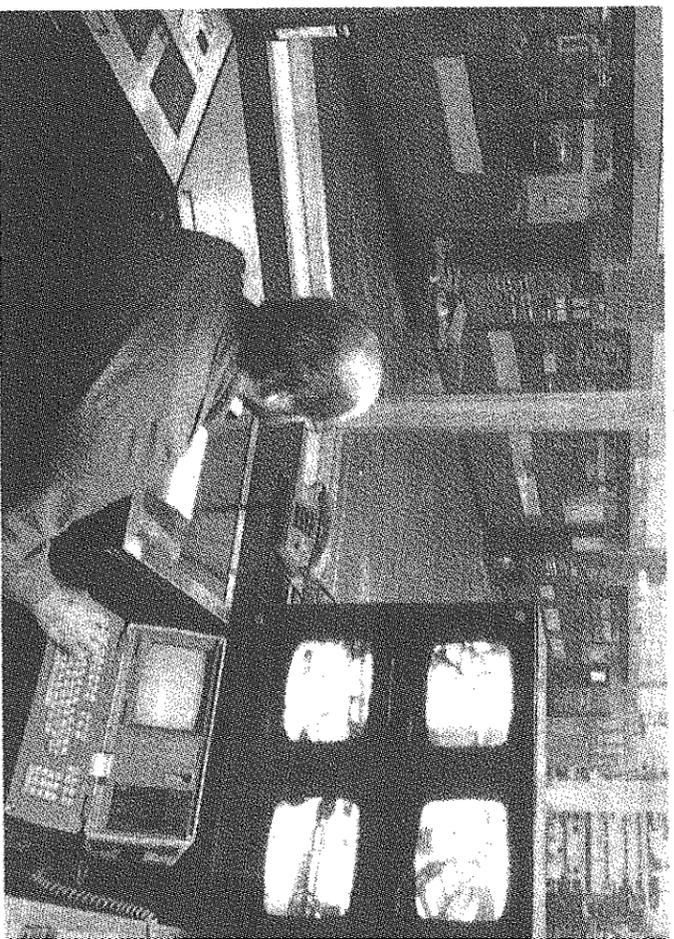
Bevölkerung 46,6% des Volkseinkommens, die unteren 50% bekamen 4,5% aller Einkommen, die reichsten 10% 53,2% aller Einkommen, die untere Hälfte der Bevölkerung noch 3,5%.

Seit 1990 befindet sich Brasilien in einer schweren Wirtschaftskrise, das Bruttosozialprodukt sank um 4,6%, und die Reallohne sanken noch einmal um 25%. (Brasilien galt in den 70er Jahren als „Schwellenland“, das auf dem Weg zur Industrialisation sei) Aber auch in den Industrieländern hat eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. In 20 der 23 OECD-Länder lag 1989 der Anteil der Löhne am Volkseinkommen unter dem Durchschnitt der Jahre 1960-1989. In den USA sind die Reallohne in den 80er Jahren um 8% gefallen und liegen jetzt unter dem Niveau von 1973.

Dabei sind die Löhne der oberen Lohngruppen gesunken und die der Masse der Beschäftigten gefallen. In den BRD sind die Reallohne in den letzten Jahren insgesamt noch gesunken. Aber auch hier hatten Teile der Beschäftigten Reallohnverluste. Außerdem wurden die Lohnsteigerungen oft mit größerer Arbeitslosigkeit und schlechteren Arbeitsbedingungen „erkauft“.

Verschuldung

Die USA waren zu Beginn der 80er Jahre das größte Gläubigerland der Welt; jetzt sind sie das größte Schuldnerland. Die Schulden von Staat, Un-



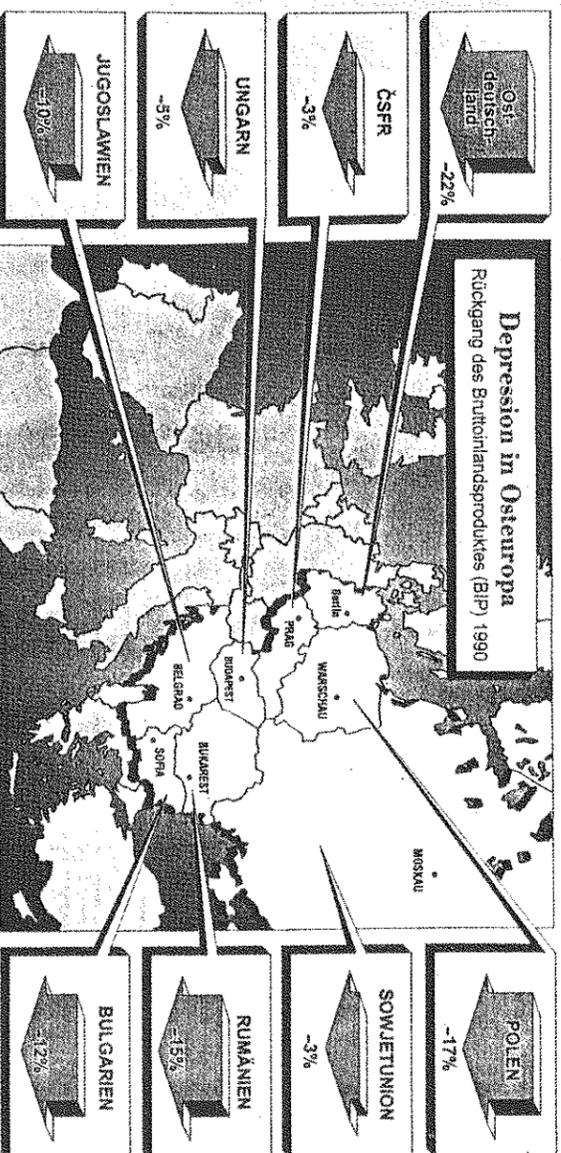
sich durch die Ausgabe von Aktien Geld beschaffen, ohne daß ihre Künste sanken. Normalerweise hätten sie Kredite aufnehmen und dafür Zinsen zahlen müssen. So fielen die Zinszahlungen weg, und ihre Profite waren kinlich erhöht. Das veranlaßte die Konzerne zu Investitionen, die sonst unprofitabel gewesen wären.

Im Verlauf dieses Aufschwungs wurden also neue Ungleichgewichte und Widersprüche in der Weltwirtschaft aufgeföhrt. Die wichtigsten zwischen den kapitalistischen Staaten, und die Reallohne sanken noch einmal um 25%. (Brasilien galt in den 70er Jahren als „Schwellenland“, das auf dem Weg zur Industrialisation sei) Aber auch in den Industrieländern hat eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. In 20 der 23 OECD-Länder lag 1989 der Anteil der Löhne am Volkseinkommen unter dem Durchschnitt der Jahre 1960-1989. In den USA sind die Reallohne in den 80er Jahren um 8% gefallen und liegen jetzt unter dem Niveau von 1973.

Die USA

Die gegenwärtige Rezession in den USA hat etwas „abnormal“ begonnen nämlich mit einem Rückgang des Konjunkturs, während die Investitionen (auf die Bauinvestitionen) nicht zurückgingen. Das hat sich im ersten Quartal 1991 geändert. Die Investitionen sanken mit einer Jahresrate von 14%, offensichtlich steckt bei der Rezession wesentlich mehr dahinter als die Verringerung der Verbraucher durch die Colffkrise.

Dieser ungewöhnliche Beginn der Krise lag auch daran, daß es in c



Noch vor kurzem schwebelten die Kapitalisten in Träumen von der Eroberung neuer Märkte im Osten. Mittlerweile ist die Entwicklung in Osteuropa zum Alptraum geworden. Von hier werden keine großen Impulse für die Weltwirtschaft kommen.

Weltwirtschaft

Jahnen davor keine Reallohnsteigerungen sondern -senkungen gegeben hat. Das zeigt, daß die Behauptung, wonach die Gewerkschaften mit „unvernünftigen“ Lohnforderungen die Konjunktur zerstören, falsch ist. Die prokapitalistischen, „vernünftigen“ amerikanischen Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik des Lohnverzichts haben die Rezession nicht verhindert können. Vielleicht hätten Lohnsteigerungen den Ausbruch der Krise beschleunigt. Aber selbst wenn die Löhne auf Null sinken und die Arbeiter lernen könnten, nur von Luft und Licht zu leben, würde es im Kapitalismus zu Krisen kommen.

Im vierten Quartal 1990 ging das BSP mit einer Jahresrate von 1,6% zurück (das bedeutet: wenn die Wirtschaft ein ganzes Jahr lang mit diesem Tempo schrumpfen würde, wären es insgesamt 1,6%). Im ersten Quartal 1991 hat sich der Rückgang fortgesetzt. Die US-Regierung hoffte, die Euphorie der Bevölkerung über den Sieg am Golf würde der Wirtschaft einen Schub geben. Aber Arbeitslose können sich mit Euphorie nichts kaufen, und bis zum Ende des Golfkriegs hatte die Rezession über eine Million Arbeitsplätze vernichtet. Im März lag die Arbeitslosenquote bei 6,8%.

Die Rezession hat schon jetzt zu ernsthaften Konflikten zwischen den USA und den anderen führenden kapitalistischen Ländern geführt. Die USA versuchen, die BRD zu einer Zinssenkung zu bewegen. Andernfalls befürchtet selbst die US-Regierung eine weltweite Rezession. Aber die Deutsche Bundesbank weigert sich bisher.

Japan

Der japanischen Wirtschaft drohen im Moment von mehreren Seiten Gefahren. Die Weltwirtschaftskrise erschwert den japanischen Export, vor allem in Länder wie die USA. Die japanischen Auslandsinvestitionen (z.B. in den USA 109 Mrd. \$) werfen weniger Profite ab.

Ein noch größeres Problem für die japanische Wirtschaft ist, daß seit Herbst die Immobilienpreise nicht mehr gestiegen und teilweise um bis zu 30% gesunken sind. Das hat schon mehrere japanische Immobilienfirmen an (oder über) den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben.

Zum Teil sind Banken mit Finanzspritzen entgründet, um Notverkäufe von Grundstücken zu verhindern. Diese könnten zu einem totalen Preisverfall führen, der (da die Banken ein Viertel ihrer Kredite für Immobilien Spekulation vergeben haben) auch einige der größten Banken der Welt in Konkursgefahr brächte. Seit dem Borsenkursverfall und den Zinssteigerungen des letzten Jahres haben die japanischen Banken sowieso finanzielle Probleme. Daher sind sie nicht in der Lage, unbegrenzt Geld in bankrotte Betriebe hineinzupumpen. Ob die Spekulationsblase platzen wird, ist ungewiß.

Auf jeden Fall hat das Ende des „hohen Geldes“ (durch das Ende des Immobilienbooms und den Zinsanstieg) zu einer deutlichen Verlangsamung der Wirtschaft geführt. 1990 wuchs die japanische Wirtschaft um 5,6%, aber im letzten Quartal betrug die Jahresrate nur noch 2,1% (im 3. Quartal 4,6%). Im Februar 1991 gab es über 50% mehr Bankrotte als im Februar 1990.

Die Inflationsrate liegt zur Zeit bei über 4%, so daß die Reallöhne dieses Jahr stagnieren werden. Die Wirtschaft wird dieses Jahr wahrscheinlich um weniger als 3% wachsen. Die wirtschaftliche Lage in Japan gleicht in vielen dem in den USA vor einem Jahr, ein Eintritt der Rezession im Herbst oder Winter ist durchaus möglich.

Europa

Innerhalb der EG befindet sich Großbritannien seit Sommer 1990 in einer Rezession. Für 1991 rechnet die britische Regierung mit einem Rückgang um 2%. Der britische Unternehmenserwartet einen Profitrückgang um 15% (im November hatte er erst mit 4% gerechnet) und einem Rückgang der Investitionen um fast 11%. Im Februar überschritt die Arbeitslosigkeit wieder die 2-Millionen-Marke, im

März gab es mit +113.000 Arbeitslosen einen monatlichen Zuwachs, wie er nicht mal in der tiefen Krise 1979/81 zu verzeichnen war, bis zum Jahresende wird ein Anstieg um eine weitere Dreiviertelmillion erwartet.

Von der Krise sind in Großbritannien vor allem der Südstosten und der Dienstleistungssektor betroffen, die im Aufschwung der letzten Jahre am meisten gewachsen sind. Damals haben die Ideologen der Bourgeoisie auch bei uns verkündet, wir seien in einem „postindustriellen Zeitalter“, in einer Dienstleistungsgesellschaft. Jetzt zeigt uns die Krise, daß im Kapitalismus Dienstleistungs-Arbeitsplätze auch unsicher sind, weil sich in einer Krise die Masse der Bevölkerung den Genuß vieler Dienstleistungen nicht mehr leisten kann.

In Frankreich ging im letzten Quartal von 1990 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einer Jahresrate von 1,6% zurück, vor allem in der Industrie gab es einen Einbruch. Viele Wirtschaftsex-

der G-7-Länder (sieben größte Industrieländer) gehabt und sogar Japan übertrafen. Insgesamt wuchs die Wirtschaft 1990 um 4,6%. Aber dieses Wachstum wurde zum großen Teil dadurch verursacht, daß die Währungsunion von 1. Juli 1990 für die alte BRD wie ein gigantisches Konjunkturprogramm wirkte, vor allem im dritten Quartal.

Abschwächung des BRD-Wachstums

Damit hatte die BRD auch eine gewisse Lokomotivfunktion, denn sie bot einen erweiterten Markt für Importgüter aus anderen Staaten.

Aber schon im vierten Quartal 1990 verlangsamte sich das Wachstum auf eine Jahresrate von 1,5%. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnete im Februar sogar mit Stagnation (saisonbereinigt) im 1. Quartal 1991. Das Ifo-Institut rechnet für das erste Halbjahr mit einem Wachstum von vier Prozent, für das zweite Halbjahr nur

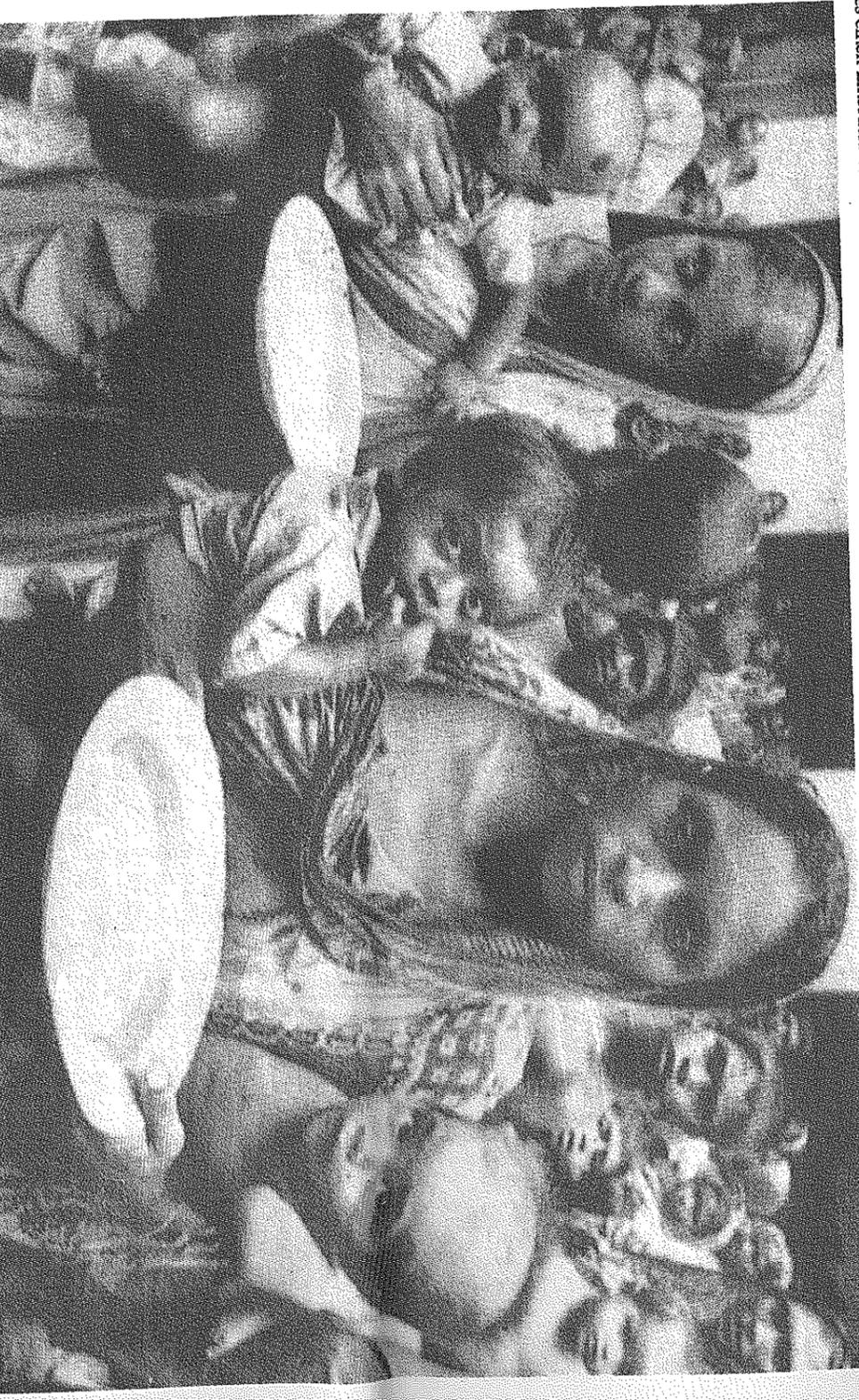
transiv schrumpfende Ostwirtschaft belastet und scheint seine Rolle als zeitweilige Konjunkturlokomotive schon ausgespielt zu haben.

Außerdem hat die gegenseitige Abhängigkeit und internationale Verflechtung der Volkswirtschaften in den 80er Jahren noch zugenommen, was auch gegen die Möglichkeit der Entkopplung der Konjunkturverläufe spricht.

Aus heutiger Sicht ist daher immer noch wahrscheinlicher, daß es zu einem ähnlichen internationalen Krisenverlauf wie in der Rezession 1979-82 kommt. Auch damals glitten die angelsächsischen Staaten zuerst in die Rezession und hatten gerade den ersten Tiefpunkt überwunden, als die anderen Staaten folgten und damit den Krisenverlauf wieder verstärkten.

Wie tief wird die Krise?

Die Weltwirtschaft geht in diese Krise mit der Last einer enormen Verschuldung und (vor allem in Japan) spekulativ völlig überhöhten Aktienkursen wie



... trotzdem leben zwei Drittel der Menschheit unter elendigen Bedingungen.

noch mit zwei Prozent.

Die BRD befindet sich in einem deutlichen Abschwung, der möglicherweise nächstes Jahr in eine Rezession einmünden könnte. Von Dezember bis März ist der Auslastungsgrad der Industrie von 90% auf 88% gesunken, trotz Einsparnkungen der Produktion und wachsenden Lagerbestände. Die Reichweite der Aufträge geht zurück.

Krisenverlauf

Wie könnte der weitere Verlauf der internationalen Konjunktur aussehen? Bürgerliche Ökonomen hoffen auf eine Entkopplung der Rezession in den Industrieländern. Sie erwarten, daß die USA und andere Staaten mit Rezession bald wieder aus dem Tief herauskommen. Wenn vor allem Japan und die BRD sich noch eine Weile im Wachstumsbereich halten und erst dann ins Tief rutschen, wenn sich die anderen schon wieder in wirtschaftlichen Auswurf befinden - dann könnte es zu einer Art gespaltener Weltkonjunktur kommen.

Die Folge wäre eine kleinere Rezession oder nur Stagnation der Weltwirtschaft insgesamt. Diese Möglichkeit ist nicht auszuschließen.

Aber zur Zeit gibt es wenig Anzeichen für eine rasche Erholung der Staaten, die schon in der Rezession sind. Dagegen nähern sich die Wachstumsraten vieler anderer Industriestaaten gefährlich dem Nullpunkt. Und der BRD-Kapitalismus ist zusätzlich durch die

Immobilienpreisen. Wenn die Krise sehr kurz ist, ist es möglich, daß sich eine größere Zahl von Bankrotten überschuldeter Unternehmen vermeiden läßt und daß die Aktionäre und Spekulanten solange auf ihren Aktien und Immobilien sitzenbleiben können, bis die Kurse und Preise wieder steigen und sie nicht zu Notverkäufen gezwungen werden.

Dann würden diese Bürgen aber mit in den nächsten Abschwung geschleppt werden. Dann wären die Spielräume, um den nächsten Aufschwung künstlich zu verstärken, äußerst gering, der Aufschwung wäre sehr schwächlich. Eine Steigerung des Wachstums wäre nur möglich durch eine Umverteilungspolitik, die den Sozialabbau von Reagan und Thatcher in den Schatten stellt. Trotzdem bliebe die BRD sich noch eine Weile im nächsten Rezession weiterwachsen würde.

Wenn die Krise länger dauert, werden wahrscheinlich viele der hochverschuldeten Betriebe zusammenbrechen, die Aktienkurse und Immobilienpreise auf einen Bruchteil ihres heutigen Werts fallen. Beides würde, vor allem in den USA und Japan, die Gefahr des Zusammenbruchs größerer Banken mit sich bringen. Die Krise wäre schwerer als alle Krisen der Nachkriegszeit. Selbst eine neue Depression wie in den 30er Jahren wäre dann nicht ausgeschlossen, wenn auch unwahrscheinlich.

zent: eine Umbruchphase zwischen dem langen Nachkriegsaufschwung und einer zukünftigen krisenhaften Epoche. Diese Epoche wird gekennzeichnet sein durch schwache Aufschwünge und tiefe Krisen. Massenarbeitslosigkeit, sozialer Kahlschlag, weltweite Zerstörung der Natur, Verelendung immer größerer Schichten der Bevölkerung - aber auch durch wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der Jugend dagegen.

Der Kapitalismus gleicht dem Zauberberleihting, der die Kräfte, die er hervorgerufen hat, nicht mehr beherrschen kann. Er hat die Produktivkräfte auf eine dagesewesenes Niveau gehoben. Aber gleichzeitig treibt er immensen Raubbau an der Natur, häuft riesige Vermittlungspotentiale an, läßt zwei Drittel der Menschheit unter elendesten Bedingungen leben und steht den Wirtschaftskrisen hilflos wie Naturkatastrophen gegenüber.

Mit den heutigen Technologien und Produktionsmöglichkeiten ist eine weltweite, umweltschonende Versorgung mit Gütern, die Ausrottung von Hunger, Elend und Krankheit möglich. Aber dieses Potential kann nur unter der Voraussetzung einer demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genutzt werden. Für das kommende Jahrzehnt gilt mehr denn je: Sozialismus oder Barbarei!

Wolfram Klein, Stuttgart
Jungsozialist

Internationales

Liverpool

Sieg für Marxisten

Die Kommunalwahlen am 2. Mai in Britannien brachten den konservativen Tories eine herbe Niederlage. Der Unmut der Wähler über Kopfsteuer, Rezession und Zerstörung des öffentlichen Gesundheitsdienstes haben die Tories nach zwölf Jahren Regierung in ihre schwerste Krise gestoßen. Doch die Labour-Party hatte nicht den erwarteten Zustrom zu verzeichnen. Sie gewann weniger neue Sitze hinzu als die Liberalen und lag landesweit mit 39% nur 2% vor den Tories - ein Ergebnis der politischen Rechtswende der Parteiführung in den letzten Jahren. In Liverpool gewannen fünf von sechs unabhängigen Kandidaten der Labour-Linken zum ersten Mal ein Mandat gegen die offiziellen Labour-Kandidaten.

Schweren Herzens hatten sich die sechs Labour-Linken, vorwiegend Unterstützer der marxistischen MILLTANT-Tendenz, zu der unabhängigen Kandidatur entschlossen. Alle sechs waren von ihrer örtlichen Parteigliederung ordnungsgemäß als Wahlkreis-kandidaten aufgestellt worden. Doch die Londoner Parteiführung und ihr Liverpooler Politikkommissar Peter Kilfoyle annullierten diese Wahl und zwangen der örtlichen Partei von oben ernannte Kandidaten auf.

Noch eine Woche vor der Kommunalwahl hatte Kilfoyle geäußert, der Einfluß von MILLTANT in der Stadt sei „auf einem Tiefstand“, und man werde den Wählern schon klarmachen, „wer die legitimen Kandidaten“ seien. Das

Ergebnis ist ein Schlag ins Gesicht der Labour-Rechten. Die Wähler betrachteten mehrheitlich die Linken als die legitimen Labour-Kandidaten: fünf von zehn im Stadtparlament ein, der sechste verfehle dieses Ziel nur um 49 Stimmen.

Kampf des linken Stadtrats

Die ungleiche Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie innerhalb der Labour-Führung nun schon seit Jahren, besonders heftig in Liverpool. In der Liverpooler Partei gab es Anfang der 80er Jahre eine marxistische Mehrheit, deren Arbeit bei den Kommunalwahlen 1983 zur Ablösung des zuvor konservativ-liberal geführ-

ten Stadtrats durch Labour führte. Der neue linke Labour-Stadtrat er kämpfte zahlreiche Verbesserungen für die krisengeschüttelte Stadt, wie den Bau von 5000 neuen Sozialwohnungen, sechs Kindertagesstätten, Sport- und Erholungsflächen, Einführung der 35-Stunden-Woche bei der Stadtverwaltung, Schaffung von 1000 neuen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Er legte sich mit der Thatcher-Regierung an, indem er sich weigerte, Kürzungen, Gebührent- oder Mieterhöhungen durchzuführen. Er kämpfte für höhere Zuwendungen von der Zentralregierung, die er 1984 auch erhielt, bzw. für eine Ausweitung der Möglichkeiten zur Kreditaufnahme. Er mobilisierte die Liverpooler Bevölkerung für diesen Kampf um soziale Verbesserungen und organisierte mehrere Demonstrationen mit bis zu 70.000 Teilnehmern sowie zwei einjährige Generalstreiks der Beschäftigten der Stadtverwaltung. Die Zustimmung der Bevölkerung schlug sich auch in steigender Wahlbereitschaft und wachsender Mehrheiten für Labour in Liverpool nieder.

Innerparteiliche „Säuberungen“

1985 wurden 47 Ratmitglieder auf Anweisung der Zentralregierung vom

Unterstützt den Kampf der Kurden

Das Leiden des kurdischen Volkes war nur eine kurze Aufmerksamkeit der Massenmedien wert. Die Minister Blüm, Genscher und Stoltenberg konnten sich vor Ort mitten im Elend der Flüchtlinge ins Bild setzen. Die Bundesregierung hat auch Zeit genug gehabt, ihre syrische Hilfe mit dem Einsatz der Bundeswehr im Iran zu verbinden, damit wir uns schon mal langsam mit Bundeswehruniformen in aller Welt anfreunden können. Dann hatten die Kurden ihre Schuldigkeit getan und die Massenmedien wandten sich den nächsten Katastrophen in der Welt zu.

Darmit soll der Eindruck bei Millionen Bundesbürgern (von denen viele - im Gegensatz zur Bundesregierung - wirklich Opfer gebracht und gespendet haben) geweckt werden, die Not der Kurden sei beseitigt worden. Ihre Lage ist aber nicht weniger dramatisch geworden. Millionen bleiben ihrer Lebensgrundlage beraubt. Tausende sterben weiterhin an Hunger und Krankheiten in den Flüchtlingslagern.

Der Westen hat weder heute noch in der Vergangenheit je die Absicht gehabt, die Not der Kurden zu lindern, geschweige denn für ihr Selbstbestimmungsrecht einzutreten. Auf einer kurdischen-Venanstaltung der Jungsozialisten in Aachen erzählten die anwesenden Kurden von der Massenflicht nach Saddams Giftgasangriff 1988. Die damaligen Flüchtlinge leben noch heute zum großen Teil in Flüchtlingslagern - von der Armeebewacht -, unter teilweise schlimmeren Bedingungen als die heutigen Flüchtlinge. Von ihnen spricht bis heute niemand.

Der Ruf des türkischen Regimes ist dem Imperialismus wichtiger als das Überleben der Kurden. In Syrien, das sich jetzt dem Westen anbietet und hoffert wird, sind nicht nur kurdische Organisationen verboten, sondern einem großen Teil der Kurden wurde Staatsangehörigkeit aberkannt. Sie sind nun Ausländer im eigenen Land. Somit haben sie unter anderem das Recht auf Lebensmittelkarten für subventionierte Waren verloren und müssen dafür bis

zu zeichnen mehr bezahlen!

Die neuere Geschichte des kurdischen Volkes ist zweifelsohne eine Geschichte der Unterdrückung, aber auch des Widerstandes gegen die jeweiligen Regimes, vor allem in Irak, Türkei und Iran. Die direkte Intervention von USA und GB im Nordirak stellt eine neue Qualität der Bedrohung für die Kurden dar, die jetzt erfahren müssen, daß ein irakischer Diktator dem Imperialismus lieber ist als aufstehende Kurden.

Verhandlung mit Saddam

Die Enttäuschung mit dem Westen hat die kurdischen Führer in Saddams Arme getrieben. Saddam spricht von

Solidarität mit den Kurden!

- * Kein Vertrauen, keine Unterstützung der westlichen Regierungen und der UNO und ihrer Maßnahmen in der Kurden-Frage.
- * Gewerkschaften, SPD und die internationale Arbeiterbewegung müssen das kurdische Volk unterstützen und verteidigen, in Zusammenarbeit mit der Opposition in den Besatzungsstaaten Kurdistans.
- * Umfassende und ausreichende humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung in Zusammenarbeit mit „medico international“. Die kurdischen Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland können dabei eine wichtige Brückenfunktion spielen.
- * Überwachung der Verteilung von Hilfsgütern durch unabhängige kurdische Organisationen, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.
- * Unterstützung der militärischen Selbstverteidigung durch Geld- und Waffenpenden und den Aufbau demokratischer Verteidigungskomitees in ganz Kurdistan.
- * Schuld mit der Abschaffung von kurdischen und sonstigen Asylbewerbern.

Autonomie für die Kurden und sogar von freien Wahlen im ganzen Irak. Er wird nichts davon erhalten. Solche Versprechen sind zum großen Teil an die westliche Öffentlichkeit gerichtet und sollen dem Imperialismus ermöglichen, ohne Gesichtswahl wieder mit dem Irak ins Geschäft zu kommen. Sie dienen auch dazu, die irakische Opposition zu verwirren und zu spalten. Irigisch ist die Rolle der kurdischen Führer, die mehr Vertrauen zu bürokratischen Politikern und zum irakischen Regime haben, als zu den kurdischen Bauern und Arbeitern oder den Millionen Iraker, die lieber heute als morgen Saddam loswerden würden.

Bei Völkern in der BRD lebenden Kurden ist das Mißtrauen gegen den Imperialismus gewachsen. Sie suchen nach einer Alternative und setzen dabei auf die Solidarität der Arbeiterbewegung, auf SPD und Gewerkschaften. Wir sollten sie nicht enttäuschen.

Gaëtan Kayfiane, Aachen
SPD-Mitglied

- * US- und alle anderen ausländischen Truppen raus aus dem Nahen Osten.
- * Abzug aller irakischen, türkischen, syrischen und iranischen Besatzungstruppen aus Kurdistan.
- * Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, Schluß mit dem Völkermord. Für eine freie Volksabstimmung in ganz Kurdistan über die genaue Form des Zusammenlebens der Kurden.
- * Für den Sturz des Saddam-Regimes und aller anderen Diktaturen in der Region, einschließlich des Özal-Regimes in der Türkei. Die Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse der Region dürfen keinen Burgfrieden mit ihren jeweiligen Regierungen schließen (Saddam, Özal, usw.). Der Kampf der kurdischen, türkischen, irakischen, iranischen und syrischen Massen kann nur erfolgreich sein, wenn er gemeinsam geführt wird. Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien im Westen müssen für diesen Kampf jede politische und materielle Unterstützung gewähren.
- * Für eine sozialistische Föderation aller Länder im Nahen Osten.

Regierungspräsidenten amtsenthooben, vor Gericht gebracht und zu hohen Geldstrafen sowie mehrjähriger Aberkennung des passiven Wahlrechts verurteilt. Die Labour-Führung schloß eine Reihe von ihnen auch aus der Partei aus, denn ihr erfolgreiches Beispiel radikaler Politik paßte nicht ins neue staatsstragende Konzept der Parteiführung unter Kinnock.

Anschließend wurde unter Besetzung Kommissar Kilfoyle versucht, die Liverpooler Partei von Linken zu säubern. Suspendierung von Parteigliedern, Ausschüsse und „Reorganisations“ der örtlichen Vorstände waren jahrelang an der Tagesordnung. Doch immer wieder fanden MILLTANT-Anhänger die Unterstützung der Mitglieder. Noch 1990 waren alle sechs Delegierten aus Liverpool zum landesweiten Labour-Parteitag Marxisten.

Entlassungen eingesetzt hatten. Fast überflüssig zu erwähnen, daß natürlich alle fünf sofort nach ihrem Wahlsieg aus der Labour-Party ausgeschlossen wurden.

Linke wieder auf Vormarsch

Im Stadtrat sitzen jetzt 39 Ratmitglieder in der offiziellen Labour-Fraktion unter Bürgermeister Harry Rimmer. 27 sind Labour-Linke, die sich zu einer Fraktionsgemeinschaft mit dem Namen „Liverpooler Labour Stadträte“ zusammenschlossen haben; sie sind damit genauso stark wie die 27köpfige Fraktion der Liberalen. (Daneben gibt es noch ein paar Ratmitglieder sonstiger Parteien und Gruppierungen, darunter zwei versprengte Tories.)

Dave Cotterill, einer der Sprecher der Liverpooler Marxisten, ist optimistisch: „Nächstes Jahr stehen weitere 27 Labour-Sitze zur Neuwahl an, und die



Die unabhängigen Kandidaten der Labour-Linken feiern zusammen mit Anhängern ihren Einzug ins Liverpooler Stadtparlament.

weder Ausschüsse seit mehreren Jahren wieder unter der Kontrolle der Partei rechnen. Sie forderten die Bevölkerung zur Zahlung der verhassten Kopfsteuer auf, ließen Nichtzahler gerichtlich verfolgen und legten Sparhaushalte mit massiven Kürzungen zu Lasten der sozial Schwachen vor.

Als sich im letzten Jahr 27 Labour-Ratmitglieder weigerten, einem erneuten Sparhaushalt zuzustimmen, wurden sie im September aus der Partei ausgeschlossen. In diesem Jahr versuchten die Labour-Rechten, 1000 Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung abzubauen. Ende April traten mehrere hundert Beschäftigte gegen diese Pläne in den Streik.

Auch vor diesem Hintergrund wurden die fünf unabhängigen Kandidaten gewählt, die sich gegen die Zahlung der Kopfsteuer, gegen Kürzungen und

Bangladesh Problem der Überbevölkerung?

Die Hilfsbereitschaft der Kohl-Regierung: 20.000 Millionen DM für die „Befreiung“ Kuwaits 400 Millionen DM für die Kurdenhilfe 5 Millionen DM für die Opfer der Flutkatastrophe in Bangladesh.

Was sagt uns diese Prioritätenliste der Kohl-Regierung? Ganz einfach. In Kuwait gab es viel Öl und wenig Arme. In den kurdischen Gebieten im Nordirak gibt es immerhin etwas Öl. In Bangladesh dagegen gibt es nur viele Arme und so gut wie kein Öl.

Die 10 Millionen Obdachlosen in Bangladesh können mit ihren 50 Hilfspennungen pro Kopf noch nicht mal ein Dankeschreiben an die deutsche Bundesregierung frankieren. Das hätte diese aber auch nicht verdient, denn gerade die „Entwicklungshilfe“ der BRD und anderer westlicher Länder half dabei, die Reichen reicher und die Armen ärmer zum machen. Solange die Militärdiktatoren, die das Land seit seiner Entstehung vor 20 Jahren regieren, für „Stabilität“ sorgen, werden sie vom Westen gestützt.

Die Großgrundbesitzer, die Arme-

47 seinerzeit amtsenthobenen Ratmitglieder dürfen sich dann wieder um ein Amt bewerben. Wenn Rimmer nicht von sich aus zurücktritt, werden es die Wähler für ihn besorgen.“

Die Marxisten in Liverpool haben bewiesen, daß man mit sozialistischer Politik Verbesserungen erkämpfen und die Wähler mobilisieren kann. Wenn Labour sich diese Politik landesweit auf die Fahnen schreiben würde, könnten die unpopulären Tories müßelos von der Regierung vertrieben werden.

Angela Banker, Köln
Jungsozialistin

Buchempfehlung:

Taaffe/Mulhearn, „Liverpool - A city that dared to fight“, 500 Seiten, englisch, 20,- DM. Bestellungen über die Redaktion.

und Verwaltungsbürokraten benehmen sich am Verkauf der Getreidehilfsleistungen und treiben gleichzeitig die armen Bauern weiter in Armut. Sie müssen weiter in die flutgefährdeten Gebiete abwandern - und können wegen ihrer Armut weder die hohe Fruchtbarkeit des Bodens ausnutzen, noch sich vor Flutwellen schützen. Daß dies bei entsprechendem Einsatz von Mitteln geht zeigt das Beispiel Holland. So entsteht ein Teufelskreis von Armut, Kinderreichtum und dadurch verschärfter Armut. „Überbevölkerung“ ist nicht die Ursache, sondern höchstens eine Folge der Armut. Eine Entwicklungsstudie stelle bereits 1982 fest, daß Bangladesh seine damals 100 Millionen starke Bevölkerung in etwa vier Jahren selbst ernähren könnte, wenn die politischen Verhältnisse geändert würden (taz vom 6.5.91). Überflutungen gibt es schon seit Urzeiten und haben das Land erst zu einem der fruchtbarsten Länder der Welt gemacht - die heutigen katastrophalen Auswirkungen sind vor allem Folge des kapitalistischen Raubbaus an Natur und Menschen in diesem Jahrhundert.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Internationales

Sowjetunion

Von Perestrojka zu Katastrojka

Ein Wort ging um in Europa. Gorbatschow schrieb einen dicken Wälzer unter diesem Namen und erhielt den Nobelpreis. Im Westen wurden Hosenträger und T-Shirts mit der gleichlautenden Aufschrift auf den Markt geworfen. Worum es geht, ist „Perestrojka“.

In der Sowjetunion redet heute niemand mehr davon. Die Menschen dort haben das Wort längst in „Katastrojka“ umgetauft.

Perestrojka stand für Dezentralisierung und marktwirtschaftliche Maßnahmen. Glasnost war eine Medizin, die vielleicht nicht ganz so bitter schmeckte. Immerhin durfte die Bevölkerung zum ersten Mal über die krankhafte Wirtschaft schlüpfen. Aber Perestrojka brachte in der Sowjetunion genau das, was man nicht wollte: den Zerfall der Sowjetunion. Der zentrale Plan wurde untergraben, ohne daß ein funktionierender Ersatz geschaffen wurde. Die Kommandowirtschaft besteht weiter - aber fast ohne Kommando. Das ist das beste Rezept für Chaos. Der einzige Markt, der die Bevölkerung kennenlernte, war der Schwarzmarkt.

Verschärfung der Krise

Nach dem Scheitern der Perestrojka sind sich die verschiedenen Flügel der Bürokratie einig, daß Reformen von oben nicht mehr ausreichen, ihren Machterhalt zu sichern. Seit Anfang 1990 ist die Mehrheit der Bürokratie offen ins pro-marktwirtschaftliche Lager übergetreten und setzt auf die Wiedereinführung des Kapitalismus.

Was jedoch Anspruch und Wirklichkeit trennt, macht der von Ministerpräsident Pawlow vorgelegte Frühlingsbericht 1991 deutlich: Im ersten Vierteljahr ist das Sozialprodukt um 8% gesunken, der Außenhandel um ein Drittel. Der Lebensstandard wird in diesem

Jahr um weitere 15% zurückgehen.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in einer bürokratischen Planwirtschaft folgen anderen Gesetzen als im Kapitalismus. Im Kapitalismus besteht der Hauptwiderspruch zwischen den enormen Produktionsmöglichkeiten und dem beschränkten Zweck der Produktion, nämlich der profitablen Verwertung von Kapital. Krisen im Kapitalismus führen zu Entwertung von Kapital, d.h. Stilllegung bzw. Zerstörung von Produktionskapazitäten, schaffen aber dadurch die Grundlage für einen neuen Aufschwung, selbst wenn die kapitalistische Entwicklung insgesamt bergab gerichtet sein mag.

In der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten entwickelte sich dagegen der Widerspruch zwischen einer immer komplexer werdenden Wirtschaft und der bürokratischen Herrschaft über diese Wirtschaft. Dieser Widerspruch wird durch die Krise auch nicht vorübergehend gelöst, sondern im Gegenteil immens verschärft. Der Zerfall der Wirtschaft wird praktisch unaufhaltsam.

Gorbatschow und Jelzin

Ende April legte Pawlow ein „Anti-Krisenprogramm“ vor. Das ist nichts Neues. Auch nicht die Ankündigung, daß „das Paket keine populären Maßnahmen enthält“. Neu ist, daß dieses Programm neben Gorbatschow von neuem Republikpräsidenten unterschrieben wurde, und daß sich die Rivalen Jelzin und Gorbatschow in den Armen

lagen.

Noch im Februar hatte Jelzin Gorbatschows Rücktritt verlangt. Bislang setzte Jelzin auf ausländisches Kapital und schnelle Privatisierung, während Gorbatschow die Privatisierung auf einzelne Monopole beschränken wollte, kontrolliert von einer starken Zentrale.

Dieses Abkommen war für Gorbatschow eine politische Lebensversicherung - wahrscheinlich mit kurzer Laufzeit.



Rede einer Rentnerin beim Generalstreik in Minsk im April.

zeit. Gorbatschow ist auf der einen Seite immer mehr vom radikalen Reformflügel unter Druck gekommen, der die kapitalistische Umwälzung auf Gedeih und Verderben durchziehen will. Auf der anderen Seite haben ihn die Händler in den Schwitzkasten genommen, die rigorose Maßnahmen gegen jedes Anzeichen von Widerstand fordern. Das Abkommen ist nur von 9 Reputations-

bilken unterstützt worden. Die baltischen Republiken, Moldawien, Georgien und Armenien haben sich längst von Moskau losgesagt. Sie boykottierten bereits das Referendum vom 17. März bedingungslos.

Welle von Protesten

Gorbatschow und Jelzin sind Vertreter ein und derselben herrschenden Elite, deren Interesse sie mit verteilten Rollen vertreten. Was beide zusammen

sen zwar nicht, was sie wollen. Aber sie wissen sehr genau, was sie nicht mehr wollen. In Minsk erklärten 50.000 Streikende auf dem Lenin-Platz: „Die Kommunistische Partei ist der Jostengraber der arbeitenden Klasse.“ In einer April-Umfrage teilte nur ein Fünftel die politischen Ansichten Gorbatschows, Jelzins Standpunkt ein Drittel.

Selbstorganisation der Arbeiter

Pawlow, Gorbatschow und Jelzin wollen mit ihrem „Anti-Krisenprogramm“ die kapitalistische Restaurierung durchboxen - wenn es sein muß mit Notstandsgesetzen und Antistreik-Maßnahmen. Aber weder neue reiche Kapitalisten noch reformierte Bürokraten können der Menschheit in der Sowjetunion eine Zukunft mit wachsendem Wohlstand und demokratischen Rechten bieten. Ohne die Übernahme von Wirtschaft und Staat in die Hände der arbeitenden Bevölkerung selbst wird es nur Zerfall, Verarmung und Chaos geben.

Mit der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und mit der Schaffung von Selbstverwaltungsgorganen in den drei Bergarbeiterstreiks sind wichtige Ansätze zur Selbstorganisation der Arbeiterklasse geschaffen worden. Doch nach jahrzehnten stalinistischer Unterdrückung und in Anbetracht verbitterter Illusionen in die Marktwirtschaft wird es eine Zeitlang dauern, bis die Arbeiter das Selbstvertrauen gewonnen haben, Wirtschaft und Gesellschaft in eigener Regie verwalten zu können.

Aron Aron, Stuttgart
Jungsozialist

Internationale Notizen

Schweiz

Für den 14. Juni ruft der schweizerische Gewerkschaftsbund seine 55.000 weiblichen Mitglieder zu einem Generalstreik auf. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der verfassungsmäßigen Gleichstellung von Mann und Frau soll unter dem Motto „Wenn frau will, steht alles still“ für die tatsächliche Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft gestreikt und demonstriert werden.

Dann nach wie vor verdienen z.B. Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt 1/3 weniger als ihre männlichen Kollegen. Selbst bei ähnlichen beruflichen Positionen beträgt der Unterschied noch 20%.

USA

Wenn es um die Unterdrückung von Streiks geht, sind die herrschenden Politiker in den USA gern bereit, von der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion zu lernen. Ende April setzte der US-Kongreß per Dekret einen Streik von 235.000 Eisenbahnern aus und ordnete eine Zwangsschlichtung an.

Die Reallohne der Eisenbahner sind nach gewerkschaftlichen Schätzungen heute niedriger als 1971. Seit drei Jahren gibt es keinen gültigen Tarifvertrag. Tarifverhandlungen sind nach 26 anberaunten Verhandlungsgesprächen gescheitert, weil die Vertreter des Unternehmensverbandes nur zu 6 Jahren überbaupt erschienen. Statt über Verbesserungen bei Löhnen und Arbeitsbe-

dingungen zu verhandeln, wollten sie Massenentlassungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Beteiligung der Arbeiter an der Krankenversicherung durchsetzen.

Ungarn

Das Privatisierungsprogramm der bürgerlichen Regierung Ungarns ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Seit Juli 1990 wurden rund 9000 staatliche Kleinbetriebe, Geschäfte und Gaststätten zum Verkauf angeboten, um einen „breiten Mittelstand“ zu schaffen. Bis Ende Februar 1991 fanden nur ganze 15 sehenen Abnehmer. Wegen der vorgehenden Entschädigungszahlungen an frühere Eigentümer und leeren Staatskassen schätzt Ungarns Finanzminister Kupa, daß in den nächsten Jahren nur 5-20% der derzeit privatstehenden Eigentums veräußert werden kann.

Insbesondere über die Privatisierung von Grund und Boden gibt es Streit unter den Regierungsparteien. Die „Partei der kleinen Landwirte“ will den gesamten Boden privatisieren. Das „Demokratische Forum“ stellt sich dagegen, weil nur die kollektive Landwirtschaft aufgebauten Landwirtschaft derzeit Exportüberschüsse erwirtschaftet, die zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen werden. Nach Meinungsumfragen ist auch die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung Ungarns gegen eine Rückgabe der Bodenfläche um jeden Preis.



Eine inoffizielle 1. Mai-Demonstration in Moskau, organisiert von der Zeitung „Arbeiterdemokratie“.

„Demokratie“ in Kuwait

Im Golfkrieg sollte es angeblich darum gehen, für Demokratie und gegen Gewalt vorzugehen, und vor allem die Resolutionen der UNO durchzusetzen. Doch in Kuwait gab es weder vor noch nach dem Golfkrieg Demokratie.

Die Al-Sabah-Familie wurde von den Briten als Marionetten-Regierung eingesetzt, damit die westliche Welt immer billiges Öl bekommt. Heute wird Kuwait von einer privilegierten königlichen Familie beherrscht. Allein das Vermögen des Emirs wird auf 200 Mrd. DM geschätzt (lt. FF, 15.3.91). Rund 650.000 Kuwaitis leben im Emirat, bei einer Bevölkerung von 1,8 Millionen.

60.000 männlichen Einwohnern das Wahlrecht eingeräumt werden. Dagegen regt sich der Unmut der Kuwaitis, die ausbleiben und für ihren Widerstand gegen die Besetzung einen hohen Preis zahlen, während die Al-Sababs im sicheren und komfortablen Exil wohnen.

Nach der „Befreiung“ Kuwaits und Rückkehr der Herrscherfamilie entete die erste Amtshandlung des Emirs von den kuwaitischen Oppositionellen im Exil Kritik. Er verkündete eine dreimonatige Periode des Kriegesrechts und übergab so deren Forderung nach einer Einberufung des kuwaitischen Parlaments. Kein Vertreter der kuwaitischen Opposition ist ins Kabinett aufgenommen worden.

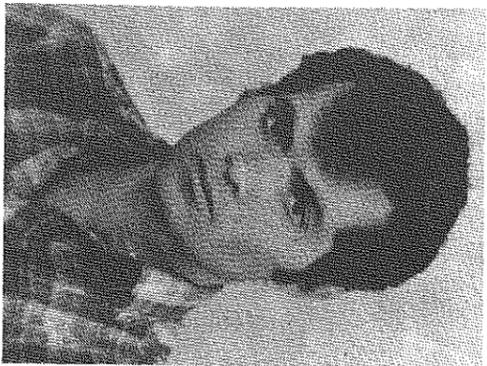
Schwere Menschenrechtsverletzungen bei freien Wahlen würde aber nur

Seite Zehn

Freiheit für Mahmoud

Unsere Solidaritätskampagne mit dem palästinensischen Gewerkschafter Mahmoud Masarwa, der seit zwei Jahren in israelischer Haft sitzt, läuft auf vollen Touren. Viele Jusos und Gewerkschafter sammeln Spenden zur Unterstützung Mahmouds und seiner Familie. Auf den Mailkündgebungen wurden u.a. in Solingen 90,- DM, in Aachen 60,70 DM, in Kassel 61,72 DM gesammelt. Beim Jugendcamp der IGM kamen 74,- DM zusammen. Siegfried Michelsberger aus Plankstadt hat uns 750,- DM überwiesen. Insgesamt gingen bisher 2079,59 DM ein. Wir danken allen Spendern.

Inzwischen haben weitere Personen und Organisationen ihre Unterstützung im Fall Masarwa erklärt. Der DGB Kassel schloß sich der Solidaritätskampagne an. Zum Berufungsverfahrens-Delegation nach Israel reisen. Einer der kürzlich in einem spektakulären Berufungsverfahren in England nach 16 Jahren Haft freigesprochenen „Birmingham Six“ wird mitfahren.



Protestbriefe an: Israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2
Nähere Infos über Freiheit für Mahmoud Masarwa, c/o Wiebcke Möhbus, Oranienstr. 165, 5000 Köln 91
Spendenkonto: Postgiraamt Köln, Konto-Nr. 415996-503, BLZ 37010050

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Eindrücke, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, Ich möchte nun meine Meinung über die Zeitschrift VORAN sagen, weil ich der Auffassung bin, daß es wirklich eine Arbeitnehmerzeitung ist. Im letzten VORAN stand ein Artikel über Björn Engholm drin, der zwar vom Inhalt her richtig ist, doch wir müssen es einmal aus der Sicht von Björn selbst sehen. Wenn er sich mit den Konzernmen in Schleswig-Holstein anlegen würde, dann würden diese abwandern und in ein anderes Bundesland gehen. Dieses würde wieder eine reaktionäre Landesregierung in Kiel an die Macht bringen. Selbstverständlich gehören die 200 bis 1000 Familien in der BRD enteignet. Doch dieses geht halt nur bundespolitisch.

Es ist tatsächlich schlammig, daß sich die SPD an die CDU anbiedert. Wir sind nicht die Enkel von Willy Brandt und Jochen Vogel, sondern wir sind die Ur-Ur-Ur-Ur-Enkel von August Bebel, Karl Liebknecht, Karl Marx und Friedrich Engels.

Wir können nur hoffen, daß wir als Marxisten in der Lage sind, die Mehrheit in der SPD zu bekommen.

Am 17.5. habe ich 50 DM an Buchgespende:
Mit sozialistischen Grüßen
Christian Kummer, Buggingen
SPD-Mitglied

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Seite 10 der Aprilnummer, Kästen „Dafrü kämpft VORAN“: Mindesteinkommen 1.500,- DM netto monatlich für Erwachsene halte ich bereits für überfällig, und zwar in 13 Beträgen im Jahr ohne die Möglichkeit zur Sperrfrist. Arbeitslosenhilfe mit Sperrfristen halte ich für beklagenswert. Ende '89 konnte ich feststellen, daß der AWO-Landesverband Kiel auf Lohnabrechnungen das 13. tarifliche Einkommen als sogenannte „Wohnschuldenzuzahlung“ deklariert.

Ich habe bei der AWO eine ABM-Stelle, die ich nach arbeitsmittlicher Vermittlung zwecks Vermeidung der Sperrfristen antrat. Die Tätigkeit war

ähnlich der eines Schiftbauleiters bin gelernter Elektriker-Meister), fallende Arbeiten im wesentlichen der Arbeitsvermittlung, die anfangs ein Jahr befristete Maßnahme zu verlängern, setzte ich Widerstand gegen.

Ende Juli '90 wurde mir ein Case zur Teilnahme an Lehrgängen „Steuerverprogrammierbare Steuerdienststelle Glückstadt verweigert gleich wurde mir „Lustlosigkeit“ un stellt und eine sogenannte Fortdungsmaßnahme bei der Berufsberatungsschritte der Handwerkskammer Lübeck verordnet. Dort bot man Maschinenreparatur-Übungen an. Maßnahme wurde meinerseits unter Inkaufnahme von Nachteilen abgelehnt - die Widerspruchsstelle hat c Vorgang als „zunutbar“ erklärt. Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Knop, Borsfleth

Kampffonds Spendenlüge? Nicht bei uns!

In einem der Prozesse um die Partei-spenden-Skandale ist kürzlich der ehemalige CDU-Schatzmeister Walter Leisler-Kiep nach einem jahrelangen Verfahren zu einer lächerlichen Strafe von 600.000 DM verurteilt worden. Lächerlich, weil er gehalten hat, den Staat durch Steuerhinterziehung um 7,5 Mio. DM zu bringen. Die Affäre machte auch wiederum deutlich, wie eng diese Herren mit den Unternehmern verflochten sind.

Auch VORAN lebt von Spenden - aber von Spendern jugendlicher und Arbeiter, die wir weder verheimlichen müssen noch wollen. So spendeten z.B. im Mai Wolfram Klein, Stuttgarter Student, 500,- DM, Hans Jandgen (ehem. IGM-Vorstand), Renner, 500,- DM, Erwin Hauser, Gehäuseshop-Leiter in Köln 50,-, Helge Newwerk, Juso aus Hamburg-Lurup, 5,80 DM und Fleming Gutzeit, DPG-Jugendvertreter aus Hannover, 14,- DM, Maria Rösner, Rentnerin aus den Niederlanden, spendet regelmäßig 50,- DM im Monat.

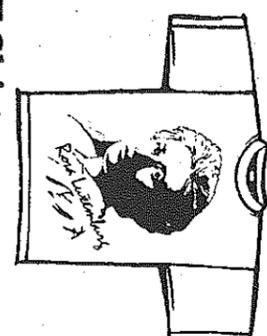
Außerdem sammeln VORAN-Unterstützer bei den 1. Mai-Vereinsfesten erfolgreich in Kassel (320,- DM) und in Köln (122,05 DM). Auch beim Pfingsttreffen der IGM in Bielefeld ist es

VORAN-Unterstützern gelungen hauptsächlich durch den Verkauf unseres neuen T-Shirts (siehe Abbildung der heiß begehrten roten Sterne in verschiedener Buttons 72,41 DM f den KF einzunehmen. Insgesamt sind bis jetzt 6630,21 DM im 2. Quartal eingegangen, was aber bedeutet, daß wir noch viel zu tun haben, bis wir unser Ziel erreichen. Denkt bitte daran, Euer Bestellungen sowohl für politisches Material wie auch für T-Shirts, Stern und Buttons rechtzeitig vor dem Beginn der Sommerferien aufzugeben damit Ihr nicht mit leeren Händen dasteht!
Fiz Garvie, Redaktion Köln

Ziel

2. Quartal April, Mai, Juni

22.500,-



6630,21

Stand: 24.5.1991

Spendenkonto:
VORAN, Postgiraamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Verkauft

Helmut Bernhard, Arbeiter aus Kassel, berichtet über seine Erfahrungen mit VORAN im Betrieb:

„Vor zwei Jahren habe ich einen kleinen Versuch gemacht. Am Arbeitsplatz wird oft die BILD-Zeitung gelesen. Ich habe gedacht, es müßte doch mal eine Zeitung in den Betrieb kommen, die das Gegenteil von BILD ist, die aufklärt. Dann habe ich mir überlegt, mal auf die Mailkündgebung oder zum Parteitag zu gehen, wo meist die Jusos sind und VORAN verkaufen. Ich hab dann eine VORAN gekauft, im Betrieb auf den Tisch gelegt und geguckt, ob sie gelesen wird. 14 Tage lag sie erstmal in der Ecke. Nachfragen bei Kollegen ergaben: weil vorne „marxistisch“ drauf steht, haben sie gedacht, es wäre eine kommunistische Zeitung. Darunter haben sie das verstanden, was in der DDR war - und dann war die Ablehnung sofort da.“

Aber ich hab die Zeitung unvertrauens weiter mitgebracht und auf die BILD draufgelegt. Schließlich wurde sie doch gelesen. Die Kollegen stellen auch Vergleiche mit der BILD-Zeitung



an. Mal wurden einzelne Artikel ausgeschnitten, und in letzter Zeit - das hab ich gemerkt - ist sie immer mehr zur Diskussionsgrundlage geworden. Das wichtigste an der Zeitung ist, daß die volle Wahrheit klar ausgesprochen wird. Für Arbeiter ist das wichtig. Es muß aktuell sein, und das, wodurch die Arbeiter unterdrückt werden, muß drinstecken. Dabei muß man verständlich bleiben.

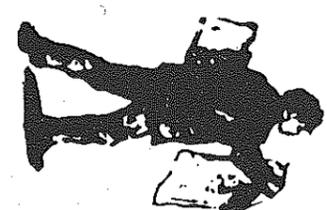
Eine der letzten Ausgaben war wirklich gut - unwahrscheinlich verständlich, an allen Ecken und Enden. Ein Artikel zur sozialen Sicherheit war drin; der ist deswegen so gut angekommen, weil in BILD derselbe Artikel drin war - nur genau anders rum geschrieben. Die Kollegen haben gefragt, wo kriegt ihr nur die Informationen her, denn wenn man andere Zeitungen kauft, findet man das nicht - nur schwarze Zeilungen, keine roten, wo die Wahrheit drinsteht. Die übliche Presse macht das nicht, das macht nur VORAN. Sie wird auch eher angenommen als der alte

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Vorwärts!
Nur in verschiedenen Dingen muß sie noch verbessert werden: wichtige Stellen sollen hervorgehoben werden, z.B. dicke Buchstaben oder dick unterstrichen, damit man die wichtigen Punkte schnell überfliegen kann, wenn man mal wenig Zeit hat. Bei den Bildern sollten mehr Arbeiter oder auch Frauen, z.B. im Kittel, vorkommen. Dann müssen noch mehr Sachen rein, die aus dem Leben gegriffen sind, die einen motivieren, damit der Leser denkt Mensch, das bin ich ja, das stimmt ja, was da drin steht.“

T-Shirt
in den Größen M, X und XL
Schwarz auf weiß
Preis 12,- DM; + 3,50 DM Versand



Ich möchte VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postgiraamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 2500 59-430

Aus Betrieb und Gewerkschaft

Tarifabschlüsse

Volle Kampfkraft einsetzen

6,7% mehr Lohn und Gehalt sowie überdurchschnittliche Erhöhungen für die unteren Lohngruppen sind die Ergebnisse diesjähriger Tarifverhandlungen für die Metallindustrie. Auch andere Gewerkschaften haben mittlerweile mit ähnlichen Ergebnissen - zwischen 6 und 7% - abgeschlossen.

Angesichts des relativ niedrigen Aufwands an Kampfmaßnahmen stellt dies ein gutes Ergebnis dar. Es zeigt indirekt die immer noch große potentielle Kampfkraft der Gewerkschaft; die Unternehmer waren in Anbetracht der überwiegend noch guten Geschäftslage relativ schnell zu Zugeständnissen bereit.

Neu waren in diesem Jahr die Argumente der Gegenseite. Für Werner Stumpe, Chef des Metallarbeitgeberverbandes, ist das Ergebnis zu hoch ausgefallen: „Wir können jede Mark nur einmal ausgeben: entweder für Westlöhne oder für Ostinvestitionen.“ Obwohl sie kräftig dabei sind, 50% der ostdeutschen Wirtschaft kalnzuschlagen, haben sie plötzlich ein Herz für die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen entdeckt. Warum diese Herren bis jetzt ihr Geld nicht dort investiert haben, war natürlich nicht zu hören...

Seitens der IGM verlautele, es sei ein vertretbarer Kompromiß gewesen. Es stellt sich dennoch die Frage, ob nicht mehr drin gewesen wäre. Fast von Anfang an konnten Gewerkschaftsfunktionäre nicht oft genug ihre Kompromißbereitschaft betonen. Entweder sind unsere Forderungen berechtigt - und sie waren es auch -, und es wird von unsere Funktionären dafür gekämpft, oder wir können das Ganze gleich lassen.

Große Kampfbereitschaft

Gegen einen Kompromiß ist nichts einzuwenden, wenn zuerst für die vollen Forderungen gekämpft wurde und uns danach nichts anderes übrig bliebe. Ansonsten bewirkt solch eine Kompromißbereitschaft nur, daß noch weiter erzielt werden kann, als wenn man konsequent dafür gekämpft hätte. Die Teilnahme bei den ersten Warn-

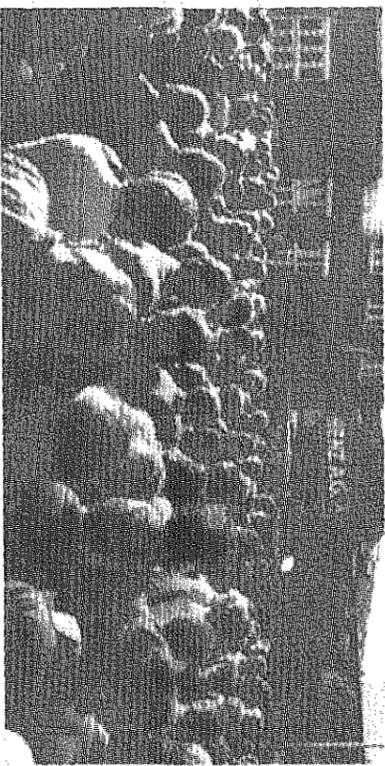
streiks zeigte die Kampfbereitschaft vieler Kollegen. Obwohl in Bayern nur 306 Betriebe in den Warnstreik traten, beteiligten sich mehr als 137.000 Arbeitnehmer(innen). Vor einem Jahr waren es 136.000 in 320 Betrieben. Sowohl Nordbaden/Nordwürttemberg

langwierige Nadelstich-Taktik. Die Frage des Streikgeldes ist auch nicht unlösbar. Über eine Solidaritätskampagne wäre das Geld zu bekommen. In vielen anderen Ländern, wo gestreikt wird, gibt es auch keine wohlgefüllten Streikkassen, da läuft es genauso ab. Es gibt

keine andere Antwort auf die Ausspernungstaktik der Arbeitgeber. Diesmal konnten sich die Unternehmer noch Zugeständnisse leisten. Wir müssen uns aber auf härtere Zeiten gefaßt machen, wenn es weiterhin mit der ostdeutschen Wirtschaft bergab geht und auch in Westdeutschland ein Abschwung kommt. Möglich ist auch, daß die schon ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung wieder infrage gestellt wird. Die Formulierung in den Tarifverträgen läßt so eine entsprechende Auslegung zu. Die dauernden Hinweise der Unternehmer auf den Zustand der ostdeutschen Wirtschaft sind ein Warnzeichen. Daher müssen wir uns genau wie die Unternehmer - auf die nächsten Tarifauseinandersetzungen vorbereiten.

Eine andere Lehre dieses und anderer Arbeitskämpfe ist, daß die Gewerkschaftsführungen dazu gebracht werden müssen, konsequenter für unsere Forderungen einzutreten. Es ist nötig, in der Gewerkschaft dafür zu kämpfen, daß alle Gewerkschaftsfunktionäre jederzeit abwählbar sind und nicht mehr als den Durchschnittslohn der Mitglieder verdienen. Nur dann haben sie ein Interesse daran, den bestmöglichen Abschluss zu erzielen!

Dave Hollies, Nürnberg
IGM-Betriebsratsmitglied



Die gute Teilnahme an den Warnstreiks - hier bei Mercedes-Benz in Sindelfingen - zeigte die Kampfbereitschaft der Kollegen.

VW Kassel

Freizeitausgleich verteidigen

Seit Mitte der 80er Jahre besteht in den inländischen VW-Werken für die Beschäftigten die Möglichkeit, sich geleistete Überstunden in wahlweise in Geld oder in Freizeit „anzuzahlen“ zu lassen. Nun wollen die Unternehmer die Wahlmöglichkeit beseitigen. Besonders dort, wo ein großer Teil der Belegschaft im Dreischicht-Rhythmus arbeitet, entschieden sich die Kollegen mehrheitlich für den Freizeitausgleich. Im Werk Kassel waren es beispielsweise jedesmal zwischen 80% bis 94%. In der Vergangenheit konnten so Arbeitsplätze geschaffen und die Gesundheit der Belegschaft gesichert werden. Auch die Angriffe der Bundesregierung auf die Mehrarbeitszuschläge trugen zur hohen Bereitschaft der Kollegen bei, Überstunden „abzubum-meln“.

Der Grund für den jetzigen Vorstoß der Unternehmensleitung ist die derzeit gute Autokonjunktur, durch die der Bedarf an Mehrarbeit massiv ansteigt. Die erhöhte Abwesenheit, die dann auftritt, wenn sich die Arbeiter ihre freien Tage nehmen, bereitet dem Vorstand der VW AG Kopfzerbrechen. Deshalb stellen sie die bisherige Handhabung des Tarifvertrages infrage.

Druck machen - Widerstand organisieren

In den Werken Wolfsburg, Salzgitter, Braunschweig und Hannover haben die Betriebsräte bereits nachgegeben. Dort gibt es für geleistete Überstunden nur noch Geld. In den Werken Kassel und Ernden blieben die Betriebsräte bisher hart. Sie stimmten Sonderschicht-ten nur unter der Bedingung zu, daß weiterhin Freizeitgleich gewählt wer-



Während der Tarifrunde entdeckten die Arbeitnehmer plötzlich ihr Herz für ostdeutsche Arbeitnehmer. Warum haben sie bisher trotz Milliardenprofite kaum investiert?

Nadelstiche reichen nicht

Die bis jetzt angewandte Taktik von Warnstreiks tut den Arbeitgebern nicht sehr weh. Sie können sich relativ schnell darauf einstellen. Seit der Änderung des §116 AfMG, dem zufolge der Staat für „kalt“ Ausgesperrte nicht mehr aufkommen muß, hat die Gewerkschaftsführung noch mehr Angst vor jeder Ausdehnung eines Streiks. Für die Gewerkschaftsführung ist die Sache klar: Die Gewerkschaften sind mehr oder weniger streikunfähig geworden. Doch dies kann nicht die richtige Schlussfolgerung sein, wenn wir uns nicht Schmachtmatt setzen lassen wollen.

Und was den angeblich breiten Wohlstand in der „sozialen Marktwirtschaft“ angeht, so besteht er in vielen Haushalten nur auf Pump oder geht völlig an ihnen vorbei: 2,2 Millionen Haushalte hatten weder Spareinlagen noch Bausparverträge oder Wertpapiere; 10 Millionen Haushalte hatten Ende '88 in irgendeiner Form Kredite aufgenommen, davon entfielen 4,9 Mio. auf Klein- und Anschaffungskredite; 1,3 Mio. Haushalte mußten zusätzlich Hypotheken, Baudarlehen o.ä. bedienen. (Quelle: Erhebung des Sparkassen- und Giroverbandes, veröffentlicht in der Zeitschrift „Sparkasse“, Heft 4/91)

Wenn ein Streik nötig wird, müssen eben alle streiken. Diese Taktik schadet dem Unternehmer am schnellsten. Ein kurzer Vollstreik wäre wirksamer als

Reichtum und Schulden
Das Bruttogeldvermögen in der BRD (West) betrug 1988 (neuester Stand der Erhebung) 2800 Milliarden DM. Umgerechnet auf die 24,7 Mio. Haushalte ergibt sich durchschnittlich ein Bruttogeldvermögen je Haushalt von 25.673 DM. Doch dies ist äußerst ungleich verteilt. Denn 1,1% aller Haushalte verfügen über über 13,4% des gesamten Geldvermögens; das sind die 241.000 Haushalte mit 200.000 DM und mehr. Dagegen entfallen an anderen Ende der Skala auf 14,5% der Haushalte nur 0,5% des gesamten Geldvermögens; das sind die knapp 3,3 Millionen Haushalte, die nur über 2500 DM Geldvermögen oder weniger verfügen.

Interview

„Soziale Grundversicherung muß her“

Das folgende Gespräch mit Helmut Bernhard, Arbeiter aus Kassel, über seine beruflichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen VORAN-Mitarbeiter Lorenz Blum und Oliver Schulz.

Und was den angeblich breiten Wohlstand in der „sozialen Marktwirtschaft“ angeht, so besteht er in vielen Haushalten nur auf Pump oder geht völlig an ihnen vorbei: 2,2 Millionen Haushalte hatten weder Spareinlagen noch Bausparverträge oder Wertpapiere; 10 Millionen Haushalte hatten Ende '88 in irgendeiner Form Kredite aufgenommen, davon entfielen 4,9 Mio. auf Klein- und Anschaffungskredite; 1,3 Mio. Haushalte mußten zusätzlich Hypotheken, Baudarlehen o.ä. bedienen. (Quelle: Erhebung des Sparkassen- und Giroverbandes, veröffentlicht in der Zeitschrift „Sparkasse“, Heft 4/91)

Du bist früher bei den ENKA-Glanzstoffwerken tätig gewesen, die dann geschlossen wurden. Wie tief das damals ab?

Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften für eine soziale Grundversicherung sorgen. Dann könnte man sich auch beim Arbeitsplatz frei entscheiden. Ich will nicht in Chemie- oder Atomkraftwerken arbeiten, aber ich kann mich nicht frei entscheiden, weil ich drauf angewiesen bin. Wenn ich sozial abgesichert wäre, dann müßte der Unternehmer erstmal dafür sorgen, daß der Arbeitsplatz sauber wird, dann müßte er mir erstmal etwas bieten.

Wir haben versucht, dagegen zu kämpfen. Wir haben vor dem Tor Posten gestanden, manchmal 36 Stunden hintereinander, sind nachts raus bei Wind und Wetter. Mit der Gewerkschaft haben wir damals schlechte Erfahrungen gemacht. Ich hatte den Eindruck, manche Funktionäre wollten sich da nur selbst profilieren. Aber bei mir ging es um mehr: ich mußte um meinen Arbeitsplatz kämpfen, weil ich wußte, wie es sonst um meine Zukunft aussah.

Das folgende Gespräch mit Helmut Bernhard, Arbeiter aus Kassel, über seine beruflichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen VORAN-Mitarbeiter Lorenz Blum und Oliver Schulz.

Schließlich wurden Aufhebungsverträge ausgehandelt, und ich bekam 25.000,- DM als Abfindung. Wunder-schönes Geld. Aber jetzt kommt's: Ich hatte bei ENKA 2.000,- DM verdient, und bekam bei meiner neuen Stelle als Anfangsgehalt nur noch 1.500,- DM. Jahrelang mußte ich infolge dessen monatlich ca. 500 bis 600,- DM draufzahlen, wenn ich meinen früheren sozialen

Standard beibehalten wollte. Das kostete mich rund 70.000,-, also fast das Dreifache der Abfindungssumme. Du bist seit 31 Jahren in der Gewerkschaft und warst auch jahrelang Vertrauensmann bei der Rüstungsfirma Wegmann. Was erwartest Du von der Gewerkschaft?

Wir haben versucht, dagegen zu kämpfen. Wir haben vor dem Tor Posten gestanden, manchmal 36 Stunden hintereinander, sind nachts raus bei Wind und Wetter. Mit der Gewerkschaft haben wir damals schlechte Erfahrungen gemacht. Ich hatte den Eindruck, manche Funktionäre wollten sich da nur selbst profilieren. Aber bei mir ging es um mehr: ich mußte um meinen Arbeitsplatz kämpfen, weil ich wußte, wie es sonst um meine Zukunft aussah.

Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften für eine soziale Grundversicherung sorgen. Dann könnte man sich auch beim Arbeitsplatz frei entscheiden. Ich will nicht in Chemie- oder Atomkraftwerken arbeiten, aber ich kann mich nicht frei entscheiden, weil ich drauf angewiesen bin. Wenn ich sozial abgesichert wäre, dann müßte der Unternehmer erstmal dafür sorgen, daß der Arbeitsplatz sauber wird, dann müßte er mir erstmal etwas bieten.

Auch beim Kündigungsschutz müssen Verbesserungen her. Es geht nicht, daß einer rausgeschmissen werden kann, der 32 Jahre im Betrieb gearbeitet hat und 53 Jahre alt ist. Der Kündigungsschutz besteht erst ab 55 Jahre. Aber heute weiß doch jeder, daß man schon ab 30 oder Mitte 30 fast zum alten Eisen gehört. Der Kündigungsschutz muß gewaltig verbessert werden. Die Unternehmer müssen zahlen, bis sie schwarz werden - oder rot, das

ist egal. Keinem über 35 Jahre dürfte mehr gekündigt werden. Die Gewerkschaften stellen hauptsächlich immer Lohnforderungen, vielleicht alle 10 Jahre gibt es mal Manteltarif-Verhandlungen. Das reicht nicht. Auch die anderen Probleme müssen angepackt werden. Sonst darf man sich nicht wundern, wenn kaum einer mehr auf die Straße geht. Zum Beispiel bei Warnstreiks. Da ist doch die Angst, die vom Arbeitgeber geschürt wird. Wenn ich rausgehe - das ist wie in allen Zeiten - habe ich persönliche Nachteile. Wenn ich länger krank bin, kann ich rausgeschmissen werden. Das können die ja machen, das steht im Tarifvertrag drin.

Wenn man heute die Gewerkschaftsbörsen sieht, kann man nur mit den Ohren schlackern. Sie verdienen 6000 bis 10.000,- DM im Monat. Unseres kommt mit 1800 bis 2000,- DM nach Hause. Oder denkt mal an unseren Gewerkschaftsvorsitzenden, der mit dem Mercedes vorfährt. Wir haben nur ein Fahrrad, oder einen VW. Neben seinem großen Gehalt sitzt er noch im Aufsichtsrat bei VW. Wenn der eine Lohnforderung stellt, wie kann ich denn glauben? Da muß man sich nicht wundern, wenn viele den Glauben an die Gewerkschaft verlieren.

Wenn man heute die Gewerkschaftsbörsen sieht, kann man nur mit den Ohren schlackern. Sie verdienen 6000 bis 10.000,- DM im Monat. Unseres kommt mit 1800 bis 2000,- DM nach Hause. Oder denkt mal an unseren Gewerkschaftsvorsitzenden, der mit dem Mercedes vorfährt. Wir haben nur ein Fahrrad, oder einen VW. Neben seinem großen Gehalt sitzt er noch im Aufsichtsrat bei VW. Wenn der eine Lohnforderung stellt, wie kann ich denn glauben? Da muß man sich nicht wundern, wenn viele den Glauben an die Gewerkschaft verlieren.

Christian Ebert, VW Kassel
IGM-V-Vertrauensmann

Christian Ebert, VW Kassel
IGM-V-Vertrauensmann

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 131 - Juni 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis 2,- DM

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G 10321 E

Bonn oder Berlin? Seite 2
Sowjetunion Seite 9
Betr. Eierwerfen Seite 4

Fünf neue Länder

Stoppt den Kahlschlag!

Trotz des geheuchelten Verständnisses in Bonn über die Lage in Ostdeutschland geht hier die Kürzungs- und Kahlschlagpolitik in vollem Umfang weiter. Bald ist so gut wie jede Familie von Arbeitslosigkeit betroffen, in vielen Fällen sogar mehrfach.

Demn mit dem Auslaufen der Warteschlange im öffentlichen Dienst, der Kündigungsschutz-Abkommen und der Kurzarbeiter-Regelungen wird die Arbeitslosigkeit im Juli und Dezember nochmals stark anwachsen. Für das Ende des Jahres rechnen die „führenden Wirtschaftsforschungsinstitute“ mit 3,5 Mio. registrierten Arbeitslosen und Kurzarbeitern in den FNL. In Ost-Berlin werden im Herbst zwei Drittel der Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz finden. In manchen Regionen wird die Jugendarbeitslosigkeit über 50% steigen.

15% Inflation

Die Lohnerhöhungen der letzten Monate werden durch zahlreiche Gebühren- und Preiserhöhungen wieder weggefressen. Laut Wirtschaftsforschungsinstituten soll die Inflation in Ostdeutschland in diesem Jahr auf durchschnittlich 11% steigen (im Vergleich: Alt-BRD 3,5%). Gegen Ende des Jahres wird die Inflation sogar 15% be-

den und Länder ausgedünnt. Vielerorts sind bisher selbstverständliche Einrichtungen gefährdet oder bereits „abgewickelt“. Das geht von Jugendclubs bis zum Essen auf Bädern für Senioren, die sich selbst nicht mehr versorgen können. Die Hauptbetroffenen bei den Angriffen sind diejenigen, die ohnehin die größten Probleme haben und oftmals nicht mehr wissen, wie sie sich über Wasser halten sollen. Gewerkschaftsführung und SPD-Politiker kritisieren die „falsche Politik“ der Bundesregierung bei der Einführung der Marktwirtschaft. Die Politik der Bundesregierung ist aber nicht „falsch“ sondern, aus ihrer Sicht absolut konsequent. Die Marktwirtschaft wird auch nicht „schlecht“, sondern ganz nach ihren Regeln eingeführt.

Regeln der Marktwirtschaft

Die grundlegende Regel in der Marktwirtschaft ist, daß jedes Unternehmen mit möglichst hohem Profit

Kapitalisten haben 670 Mrd. DM auf der hohen Kante

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank sind die Geldanlagen westdeutscher Unternehmen 1990 gegenüber dem Vorjahr um zwei Drittel auf 187 Mrd. DM angewachsen. Insgesamt verfügen sie „über liquide oder zumindest rasch mobilisierbare Geldanlagen ... in Höhe von schätzungsweise 670 Mrd. DM“, stellt die Bundesbank fest, und fügt hinzu: „So reichlich war das Liquiditätspolster westdeutscher Produktionsunternehmen bisher noch nie gewesen.“

Mit diesen 670 Mrd. könnte die Wirtschaft in der Ex-DDR mühelos sanfter und jedem ein anständiges Auskommen garantiert werden. Doch die Kapitalisten investieren es nicht, sondern streichen lieber die

Zinsen dafür ein - laut Bundesbank allein 1990 in Höhe von 31 Mrd. DM. Das ist etwa die Summe des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“, mit dem sich die Kohl-Regierung so brüstet.

Die Kapitalisten schicken lieber den Staat vor, der in diesem Jahr laut Bundesbank insgesamt 140 Mrd. DM Richtung Osten ausgibt. Dieses Geld kommt aus Krediten und Steuernmitteln sowie Kürzungen in sozialen Bereichen, d.h. vor allem die Masse der arbeitenden Bevölkerung muß dafür aufkommen, während sich die Unternehmer auf ihren dicken Finanzpolstern ausruhen.

(Quelle: „Handelsblatt“ vom 21.5.91)

tragen. Die Post-Gebühren wurden bereits angehoben, die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel sollen demnächst erhöht werden. Das größte Loch werden aber die Mieterhöhungen in die Geldbeutel reißen, die für Oktober geplant sind. Und auf alles obendrauf kommt noch die Steuerhöhung.

Die soziale Infrastruktur wird durch die Finanzmiserie der Städte, Gemein-

Wirtschaft. Im Grunde sind die neuen Länder ein riesiger Durchlaufrichter für die Gewinne westdeutscher Unternehmen auf Kosten der ostdeutschen Industrie und der Steuerzahler. Der Staat und die



Kohl beim Besuch der Buna-Werke in Schkopau: Ein offensichtlich angenehmer Teil seines Besuchsprogramms - mit Plastik und Elaste kann man schlecht werfen ...

Treuhand investieren Milliarden für Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und öffentliche Investitionen. Dieses Geld wird in Westprodukte umgesetzt und wandert dabei in die Taschen der Westunternehmer. Ostbetriebe gehen dabei Pleite, die Arbeitslosigkeit steigt, den öffentlichen Haushalten geht das Geld aus und Ostdeutschland wird dadurch Schritt für Schritt entindustrialisiert und zum Armenhaus gemacht.

Wenn es für die Westunternehmer profitabler ist, Produktionsanlagen im Westen zu erweitern statt im Osten neue aufzubauen, dann handeln sie entsprechend. Wenn sie sich mögliche Konkurrenz vom Hals schaffen können, dann tun sie es. Schaffung von Arbeitsplätzen aus mildtätiger Barmherzigkeit oder großzügiger Umgang mit der Konkurrenz sind im Kapitalismus nicht vorgesehen. Was wir derzeit in den fünf neuen Ländern erleben, ist funktionalisierende Marktwirtschaft und nichts anderes.

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte Ende April folgende Zahlen: Je Arbeitsplatz gerechnet lagen die Ausstattungsinvestitionen mit 29,9% pro Arbeitsplatz-Ost im Vergleich zu Arbeitsplatz-West noch unterhalb der Prozensätze von Brutto sozialprodukt und Produktivität. Im Klartext heißt dies: Trotz aller Versprechen investieren die Unternehmer sogar weniger

pro Arbeitsplatz in den neuen Ländern als in der Alt-BRD! Die Ost-Industrie lebt von der Substanz. Die neuen Länder werden zur industrieloosen Region, das ist die Folge.

Arbeitereindliche Regierung muß weg!

Für die West-Unternehmer fallen bei dieser Politik noch ein paar nützliche „Nebenprodukte“ ab. Sie können mit Blick auf ein riesiges Arbeitslosenheer im Osten auch im Westen leichter Angriffe auf den Lebensstandard der Bevölkerung starten. Gewerkschaftliche Schutzrechte werden zunehmend gefährdet und unterlaufen. Insofern ist auch die Politik der CDU/FDP Regierung nicht „falsch“, sondern folgerichtig. Bereits vor der Vereinigung haben sie eine arbeitnehmerfeindliche Politik betrieben. Jetzt verschärfen sie nur ihren Kurs.

Natürlich muß die Regierung allzu krasse Auswüchse der Entwicklung in Ostdeutschland aufhalten, denn sonst könnte der Kessel überkochen. Die Be-

völkerung der ehemaligen DDR hat schließlich Erfahrung im Stützen von Regierungen. Die Politik der Bundesregierung besteht daher in Beschweichtigen, Täuschen und Belügen der Bevölkerung sowie kleinen Entgegenkommen, wenn der Unmut zu groß wird, wie z.B. beim Währungs im Hinblick auf die Mieterhöhungen.

Die Krise in Ostdeutschland kann nur aufgehalten werden, wenn diese Regierung, die im Auftrag und Interesse der westdeutschen Unternehmer handelt, abgesetzt wird. Deshalb fordern wir von SPD- und Gewerkschaftsführung, daß sie die Kämpfe in Ostdeutschland unterstützt und zusammenfaßt zu einer Bewegung gegen die Wählbetrüger. Wir brauchen keine „Runden Tische“ und Zusammenarbeit mit Leuten, die uns nach Strich und Faden hereingelegt haben. Wir brauchen eine neue Regierung, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung handelt.

Boris Kanzleiter, Berlin
Jungsozialist

Treuhand und Stasi

Die Auswahl der Führungskräfte für die Treuhand erfolgte noch unter der Regierung Modrow, und zwar durch die „Kaderabteilung“ des Ministerrats - einer Hochburg der Stasi-Offiziere „in besonderen Einsatz“ (OibE). Diese Abteilung schubste auch 400 Stasi-Offiziere in das Komitee zur Auflösung des MfS, die jedoch anhand aufgefundenen Gehaltslisten enttarnt und entfernt wurden. In der Treuhand dagegen wurden bis Ende März 91 nur ein Heizer und eine Sekretärin wegen Stasi-Vergangenheit entlassen.

Das Factotum „Wirtschaft“ des Neuen Forums gab vor einigen Wochen eine Liste von 70 führenden Treuhand-Mitarbeitern heraus, deren Namen identisch sind mit der Gehaltsliste der OibE. Darunter sind (zitiert nach: Berliner „extra magazin“, 4.4.91):

- Fünf ehemalige Vize-Minister und stellvertretende Leiter der Plankommissionen.
- Die ehemaligen Staatssekretäre in DDR-Ministerien Dieter Koeschel und Erhard Schulz; letzterer ist

jetzt sogar einer der Treuhand-Direktoren.

- Die ehemaligen Vizeminister Manfred Schulz und Gunter Halm. Halm war Treuhand Vize-Präsident und ging zum 31.5. in Pension, weil er seine Aufgabe die „Abwicklung“ der Land- und Forstwirtschaft sowie des Kali-Bergbaus, als „in wesentlichem erledigt“ betrachtete.
- Klaus Löscher, ehem. Abteilungsleiter und Parteisekretär im Finanzministerium

- Wolfram Krause, früherer Referent der Berliner Parteisekretäre Naumann und Schabowski. Er machte in seiner neuen Treuhand-Position beim Berliner Magistrat schriftlich Druck, damit 33 Top-Immobilien aus dem Nachlaß von Schalk-Golodkowski Koko zugunsten einer dubiosen Stasi-Nachfolge-Firma ins Grundbuch eingetragen werden sollten.

- Die ehemaligen stellvertretenden DDR-Finanzminister Klaus Klinko und Siegfried Zeisig sitzen jetzt in der Berliner Außenstelle des Bundesfinanzministeriums.